



Etatrede 2012/13

Stadtrat Carsten Südmeren

Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion
zu den Haushaltsberatungen,
gehalten am 22. November 2011
vor dem Gemeinderat der Stadt Mannheim



Schuldenabbau

Grundsteuersenkung

Neues Gymnasium

Mannheim entwickeln



Carsten
Südmeren

Fraktionsvorsitzender

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

E 5 Rathaus

Postfach 10 30 51

68030 Mannheim

Tel.: 0621-293-2190

Fax: 0621-293-9440

Internet: www.cdu-mannheim.de

| | | |
|----------|------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 | Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs | 1 |
| 1.1 | Einleitung | 1 |
| 1.2 | Schuldenabbau geht weiter, keine Neuverschuldung im Kernhaushalt | 2 |
| 1.3 | Grundsteuersenkung, keine Gewerbesteuererhöhung | 3 |
| 1.4 | Gebührenzahler entlasten..... | 4 |
| 1.5 | Erhöhung der Vergnügungssteuer..... | 5 |
| 1.6 | Status Haushaltsstrukturprogramm 2013, weitere Sparmaßnahmen | 6 |
| 1.7 | Zusammenfassung : Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion | 6 |
| 1.8 | Bund entlastet die Stadt..... | 8 |
| 1.9 | Land lässt Mannheim im Stich | 9 |
| 2 | Neues kommunales Haushaltsrecht, Ziele und Kennzahlen | 11 |
| 2.1 | Strategische Ziele – Management-Zielsystem | 11 |
| 2.2 | Management-Ziele..... | 12 |
| 3 | Stadtentwicklung..... | 13 |
| 3.1 | Konversion: Großer Verlust und Gewinn zugleich | 13 |
| 3.2 | Einkaufsmagnet Innenstadt | 17 |
| 3.3 | Aufwertung der Stadtteilzentren..... | 17 |
| 4 | Sicherheit und Ordnung | 20 |
| 4.1 | Kommunaler Ordnungsdienst | 21 |
| 4.2 | Videoüberwachung | 22 |
| 4.3 | Sauberkeit..... | 23 |
| 4.4 | Alkohol und Drogen | 23 |
| 5 | Bildung und Jugend..... | 25 |
| 5.1 | Gestaltung der Schullandschaft | 25 |
| 5.2 | Gezielte Förderung | 27 |
| 5.3 | Betreuungseinrichtungen zügig ausbauen..... | 29 |

| | | |
|-----------|---------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 5.4 | Hochschul- und Wissenschaftsstadt Mannheim | 30 |
| 6 | Erfolge in der Sozialpolitik | 32 |
| 7 | Integration – Eine Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft | 36 |
| 8 | Kulturpolitik | 38 |
| 9 | Wirtschaft..... | 40 |
| 10 | Verkehr | 42 |
| 10.1 | Stärkung des Bahnknotens Mannheim..... | 44 |
| 10.2 | Hafen- / Wasserstraßenausbau..... | 45 |
| 10.3 | S-Bahn Rhein-Neckar stärkt das Oberzentrum Mannheim..... | 46 |
| 10.4 | ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt | 47 |
| 10.5 | Optimierung der innerstädtischen Verkehrsinfrastruktur..... | 47 |
| 10.6 | Brückensanierung und Neubau | 48 |
| 10.7 | Straßeninstandsetzungen..... | 49 |
| 11 | Sport..... | 50 |
| 12 | Personalkosten und Stellenplanentwicklung | 54 |
| 13 | Schlussbemerkung | 56 |

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren!

1 Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs

1.1 Einleitung

Vor zwei Jahren haben Oberbürgermeister und Kämmerer ein Horrorszenario von 365 Millionen Euro fehlender Haushaltsmittel gegenüber der Planung für die Jahre 2010 bis 2013 prophezeit. Das Jahr 2010 war durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise tatsächlich deutlich schlechter, aber schon das voraussichtliche Rechnungsergebnis für das Jahr 2011 mit 50 Millionen Euro Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan und der uns vorgelegte Doppelhaushalt lassen uns aufatmen. Die Krise ist scheinbar überstanden, die Prognose für die nächsten vier Jahre außerordentlich freundlich und das gerade im Jahr der sogenannten Euro-Krise.

Der Haushaltsplanentwurf ist geprägt von den Entscheidungen des Gemeinderates der letzten Jahre. Wir haben viel abzarbeiten, die Sanierung unserer Schulen geht weiter, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen hat endlich Fahrt aufgenommen und unsere Kultureinrichtungen werden für das Projekt „Kulturhauptstadt 2020“ weiter fit gemacht. Mit dem Neubau der Kunsthalle wird ein wesentliches kulturpolitisches Ziel der Mannheimer CDU aus dem letzten Kommunalwahlprogramm realisiert. Bereits vor vier Jahren hat die CDU-Fraktion beantragt, die 10 Mio. Euro aus dem MVV-Aktienverkauf nicht bei der MVV GmbH zu „parken“ sondern als Grundstock für eine Kulturstiftung zu verwenden. Wir sind sehr erfreut, dass der Oberbürgermeister in seiner Etatrede sich unseren damaligen Vorschlag zu eigen gemacht hat. Somit können wir den städtischen Anteil des Neubaus ohne nennenswerte Belastung des Haushalts erbringen.

Insgesamt investieren wir 207 Mio. Euro in den nächsten beiden Jahren. Das kann sich durchaus sehen lassen. Außerdem sind wir in der Lage, bereits in diesem Doppelhaushalt die planmäßigen Abschreibungen zu erbringen, 50 Mio. Euro in den nächsten beiden Haushaltsjahren, obwohl wir dies gar nicht müssten. Die

Abschreibungen sind in voller Höhe ergebniswirksam. Sie verschlechtern die Jahresabschlüsse des Ergebnishaushalts, die Beträge stehen aber somit dem Finanzhaushalt für Investitionen zur Verfügung. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Vorgehensweise der Verwaltung, die Abschreibungen schon in diesem Haushalt vorzunehmen.

Zusätzliche Gewerbesteureinnahmen in Höhe von 40 Mio. Euro in 2011, günstige Steuerprognosen für die nächsten 5 Jahre mit deutlichen Mehreinnahmen für die Öffentliche Hand, die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und ein Bildungs- und Teilhabepaket mit weiteren Verbesserungen in siebenstelliger Höhe haben der Stadt Mannheim einen „Geldsegen“ beschert, der die diesjährigen Etatberatungen in ein ganz anderes Licht rücken lässt. Die Steuerschätzung vom November 2011 ist für 2012 und 2013 außerordentlich positiv. Im Vergleich zum Vorjahr werden die Gemeinden der Bundesrepublik 2012 einen Zuwachs von 4,84 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verzeichnen können, was einem Wachstum von 6,7 % entspricht. Nach einem Ergebnis bei der Gewerbesteuer von 260 Mio. Euro in 2011 unterstellt die Verwaltung lediglich ein Wachstum von 1,7 % auf 264,4 Mio. Euro. Aus unserer Sicht ist dies zu konservativ geschätzt. Wie in der Vergangenheit auch, wird die Stadt Mannheim von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung deutlich stärker profitieren. Die Ansätze bei der Gewerbesteuer sind an die Steuerschätzung vom November anzupassen. Wir werden beantragen, die Ansätze für 2012 und 2013 um jeweils 2 Mio. Euro und 2014/2015 um jeweils 5 Mio. Euro zu erhöhen.

1.2 Schuldenabbau geht weiter, keine Neuverschuldung im Kernhaushalt

Nachdem wir zu Zeiten einer bürgerlichen Mehrheit in den Jahren 2006 bis 2009 jedes Jahr Schulden abgebaut haben und ein Neuverschuldungsverbot in der Hauptsatzung unserer Stadt verankert hatten, mussten wir zu unserem Leidwesen für die letzten beiden Haushaltsjahre eine Ausnahmesituation aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise feststellen, die es der Verwaltung 2010 erlaubte, uns einen Haushaltsplanentwurf mit vorgesehener Neuverschuldung vorzulegen. Diese Ausnahmesituation besteht nun nicht mehr und trotzdem schafft es der Oberbürgermeister nur unter Hinzunahme der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufzustellen. Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte waren Ausnahmegenehmigungen für besondere Belastungen, die

bisher außerhalb der Haushaltsrechnung stattfanden. Tatsächlich aber wächst der Schuldenberg der Kämmereischulden in den nächsten 4 Jahren um 50 Mio. Euro. Nach dem neuen Haushaltrecht wird kein Unterschied mehr zwischen den Verbindlichkeiten gemacht, das sehen wir ein. Jedoch kann das kein Freibrief sein, dass in den nächsten acht Jahren jedes Jahr die Tilgung der Belastungen aus dem Sparkassenskandal und der SAP Arena durch neue Kreditaufnahmen in gleicher Höhe negativ kompensiert wird und sich der eigentliche Schuldenstand der Kernverwaltung erhöht. Dann haben wir in wenigen Jahren den Schuldenstand unserer Stadt für die Finanzierung des Haushalts um 180 Mio. Euro erhöht, uns selbst aber durch die Tilgung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte das Gegenteil vorgegaukelt. Es fehlen in diesem Haushalt rechnerisch 12 Mio. pro Jahr, das ist Fakt, das strukturelle Defizit ist unter Risikogesichtspunkten noch deutlich höher. Die CDU-Fraktion setzt sich für einen deutlich stärkeren Abbau des Schuldenstandes ein. Dies muss als Ziel in die strategischen Ziele der Stadt Mannheim aufgenommen werden. Wir schlagen vor, dass der Gesamtschuldenstand um 1% pro Jahr verringert wird, für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 jeweils um 7 Mio. Euro, 2014 und 2015 jeweils um 6,9 Mio. Euro. Am Ende der vier Jahre wäre somit der Schuldenstand um 19,4 Mio. Euro geringer als im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung. Für das Jahr 2011 sind zudem weitere 10 Mio. Euro Verbesserung gegenüber dem Dreivierteljahresbericht absehbar, auch dieser Betrag muss in voller Höhe für zusätzliche Schuldentilgung eingesetzt werden.

1.3 Grundsteuersenkung, keine Gewerbesteuererhöhung

Die rot-grüne Mehrheit im Mannheimer Gemeinderat hat bei den letzten Etatberatungen im März 2010 den Hebesatz der Grundsteuer B von 400 auf 450 Hebesatzpunkte erhöht. Zusätzlich hat das Land die Grunderwerbssteuer um 30% erhöht, was der Stadt Mannheim im Haushalt 12 Mio. Euro Mehreinnahmen beschert. Die strategischen Ziele der Stadt beinhalten auch die Förderung von Wohneigentum, beide Steuererhöhungen sind dafür kontraproduktiv. Die Erhöhung der Grundsteuer war und ist zudem unsozial und belastet alle Bürger dieser Stadt als Eigentümer direkt oder als Mieter indirekt. Die CDU wird bei den Etatberatungen beantragen, in zwei Schritten wieder auf den alten Hebesatz von 400 Punkten zurückzugehen. Für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 auf 425 Hebesatzpunkte und für die Finanzplanung 2014/2015 auf einen Hebesatz von 400. Dies führt zu

Steuersenkungen für die Mannheimer Bürger in Höhe von ca. 3,3 Mio. Euro in den nächsten beiden Jahren und ca. 6,6 Mio. Euro ab 2014.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie immer wieder von der linken Seite dieses Hauses ins Spiel gebracht wird, lehnt die CDU mit Nachdruck ab. Dieses Signal wäre in Anbetracht der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt, die sich neben den stark gesunkenen Arbeitslosenzahlen auch im stark gestiegenen Gewerbesteueraufkommen zeigt, fatal und würde den Wirtschaftsstandort Mannheim nachhaltig schwächen. Falls eine solche Steuerpolitik im Mannheimer Gemeinderat mehrheitsfähig wäre, könnte die CDU-Fraktion den Haushalt der Stadt Mannheim nicht mittragen. Aber wir sind guter Hoffnung, dass sich auch auf der linken Seite dieses Hauses die Vernünftigen durchsetzen.

1.4 Gebührenzahler entlasten

Die zu erwartende Kosteneinsparung durch den neuen Vertragsabschluss für die Entsorgung des Restabfalls der Stadt Mannheim sowie der fortgeschriebene Überschuss im Abfallbereich müssen an die Mannheimer Gebührenzahler weitergegeben und die Abfallgebühr entsprechend gesenkt werden. Die Leistungen der Müllverbrennung wurden neu ausgeschrieben. Aufgrund des neuen Vertrages wird der Mannheimer Restmüll zu deutlich niedrigeren Preisen thermisch behandelt. Hinzu kommt, dass aktuell ein fortgeschriebener Überschuss aus Gebühreneinnahmen in Höhe von ca. 16,3 Mio. Euro besteht.

Bereits 2002 und 2007 hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion eine deutlich höhere Gebührensenkung durchsetzen können, als sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Die heutigen Zahlen der Abfallwirtschaft zeigen, dass wir damals recht hatten.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion fordert, die Kostensenkungen bei der Abfallwirtschaft ohne Abschläge direkt an die Gebührenzahler weiterzugeben. Jeder Cent, der bei der Abfallwirtschaft weniger ausgegeben wird, muss sich in der Tasche der Bürger wiederfinden. Die Kostensenkungen können ohne Einschnitte der Qualität, beim städtischen Personal oder zu Lasten des Umweltschutzes erfolgen.

1.5 Erhöhung der Vergnügungssteuer

In den letzten vier Jahren hat sich die Anzahl der Geldspielgeräte in Mannheim um 31,6 % von 841 (2007) auf 1107 (2011) erhöht. Die Erhöhung ist weniger auf zusätzliche Spielgeräte in Gaststätten, sondern vielmehr auf die Neueröffnung von Spielotheken zurückzuführen. Immer häufiger gehen bei der Stadt in Gewerbe- aber auch in Wohngebieten Anträge auf Erteilung einer Spielhallenerlaubnis ein. Die Mieten, die die Betreiber von Spielotheken zahlen, liegen meist weit über dem, was Handwerksbetriebe oder kleine Einzelhandelsbetriebe ausgeben können. Einkaufsstrassen verlieren durch diese Betriebe an Attraktivität.

Für eine Familie kann es den finanziellen Ruin bedeuten, wenn ein Mitglied regelmäßig in Spielhallen Geld verliert. Die einzelnen Spielgeräte haben sich verändert. Heute spielt man nicht mit 30 Pfennig an einem Automat mit drei Scheiben sondern mit 50-Euro-Geldkarten an einem Geldspielcomputer. Allein die Suchtberatung und Maßnahmen des Spieler- und Jugendschutzes kosten dem Steuerzahler Millionen. Um eine Verbesserung des Schutzes vor pathologischem Spiel bzw. Spielsucht zu leisten, muss die Stadt alle Anstrengungen unternehmen, eine weitere Ausweitung von Spielhallen, Spielotheken und eine Vermehrung von Spielgeräten in Gaststätten zu verhindern. Allein über das Baurecht sind diese unerwünschten Betriebe nicht einzuschränken.

Deshalb ist es gut, dass der Kämmerer unseren Vorschlag aufgenommen hat, nach dem Vorbild anderer Städte die Vergnügungssteuer zu erhöhen. Aus unserer Sicht sollte bei dieser Erhöhung bis an die mögliche oberste Grenze gegangen werden. Die Verwaltungsgerichte Stuttgart und Sigmaringen haben Steuersätze von 20 % der Bruttokasse für zulässig erachtet. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung des Steuersatzes von aktuell 15 % netto auf 20 % netto vor, dies entspricht etwa 17 % brutto. Deshalb werden wir eine Erhöhung auf 25 % des Nettoeinspielergebnisses beantragen, was ca. 21 % brutto entspricht. Ziel soll es sein, den Standort Mannheim als Standort für Spielhallenbetreiber unattraktiv zu machen und dadurch die Anzahl der Spielautomaten massiv zu verringern. Weiterhin sind die Länder gefordert, den an Bekämpfung der Spielsucht ausgerichteten Glücksspielstaatsvertrag endlich zu ratifizieren.

1.6 Status Haushaltsstrukturprogramm 2013, weitere Sparmaßnahmen

Der Oberbürgermeister hat bei den Beratungen für den Haushalt 2010/2011 dem Gemeinderat ein Haushaltsstrukturprogramm vorgelegt, das ab dem Jahr 2013 jährlich 23 Mio. Euro an Einsparungen vorsah. Von der Realisierung dieser Vorhaben sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Vor allem konnten die einmaligen Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken nicht realisiert werden. Der Verkauf des Collini Centers für 17 Mio. Euro ist gescheitert, der Verkauf des Grundstücks der ehemaligen Sickingerschule erlöst nur noch 7 Mio. Euro bei Kosten von ca. 3 Mio. und auch andere Grundstücksverkäufe stehen noch aus.

Die Reduzierung der laufenden Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, wie bspw. bei der Eingliederungshilfe oder dem Wahlrecht für die Pflegeheime ist nicht transparent, sie stehen im Haushaltsstrukturprogramm auf Grün, die monetären Auswirkungen sind aber in keiner Weise sichtbar. Wir haben durch die Unterstützung des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und durch das Bildungs- und Teilhabepaket deutliche Einnahmeverbesserungen erfahren, sollten aber in den eigenen Anstrengungen im Hinblick auf die Reduzierung der Kosten nicht nachlassen.

In den vergangenen Jahren wurde der Sparwille der Verwaltung immer durch eine globale Minderausgabe im Verwaltungshaushalt sichtbar. Dies fehlt im Haushaltsplanentwurf für 2012 und 2013. Deshalb wird die CDU-Fraktion eine Reduktion der Personal- und Sachkosten (in der Systematik der bisherigen globalen Minderausgabe) in Höhe von 3 Mio. Euro pro Haushaltsjahr beantragen.

1.7 Zusammenfassung : Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat es sich bei diesen Etatberatungen zum Ziel gesetzt, den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplanentwurf im Ergebnis nicht zu verschlechtern. Durch die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates und den ausgabenintensiven Pflichtbereich ist der Spielraum nicht allzu hoch. Die Anträge der CDU-Gemeinderatsfraktion werden ein Volumen von ca. 45 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre haben, Verschlechterungen und Verbesserungen werden sich dabei die Waage halten.

Unsere Veränderungen, insbesondere bezüglich der Grundsteuersenkung und der zusätzlichen Schuldentilgung wollen wir durch folgende Maßnahmen kompensieren:

- Erhöhung des Gewerbesteueransatzes um 2,0 Mio. Euro für 2012/2013 und 5 Mio. Euro für 2014/2015
- Reduzierung des geplanten Personal- und Sachkostenaufwands von 2012 bis 2014 um 3,0 Mio. Euro p.a.
- Weitere Erhöhung der Spielautomatensteuer bringt 1 Mio. Euro p.a.
- Verschiebung von Investitionen in Höhe von 1 Mio. p.a.
- Reduzierung des Haushaltsansatzes beim Vermögenserwerb um 1 Mio. Euro p.a.
- Verzicht auf den Radweg Bismarckstraße bringt 1,2 Mio. Euro Einsparung
- Verzicht auf kostenlose ÖPNV-Tickets für Hartz IV-Empfänger: 400.000 Euro p.a.

Zusammenfassung der Veränderungsvorschläge der CDU am Haushaltsplanentwurf:

| Veränderungen HH-Plan | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | Summe |
|-----------------------------|------------|-----------|------------|------------|------------|
| Grundsteuersenkung | 3.300.000 | 3.300.000 | 6.600.000 | 6.600.000 | 19.800.000 |
| zusätzliche Schuldentilgung | 6.100.000 | 4.100.000 | 4.600.000 | 4.600.000 | 19.400.000 |
| sonstige Verschlechterungen | 1.200.000 | 2.000.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 5.600.000 |
| Summe Verschlechterungen | 10.600.000 | 9.400.000 | 12.400.000 | 12.400.000 | 44.800.000 |
| Ansätze Gewerbesteuer | 2.000.000 | 2.000.000 | 5.000.000 | 5.000.000 | 14.000.000 |
| Spielautomatensteuer | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.000.000 |
| Reduzierung Personalkosten | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.000.000 |
| Reduzierung Sachkosten | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | 8.000.000 |
| Verschiebung Investitionen | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.000.000 |
| Reduzierung Vermögenserwerb | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.000.000 |
| Radweg Bismarckstrasse | 1.200.000 | | | | 1.200.000 |
| Familienpass Plus | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 1.600.000 |
| sonstige Verbesserungen | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 4.000.000 |
| Summe Verbesserungen | 10.600.000 | 9.400.000 | 12.400.000 | 12.400.000 | 44.800.000 |
| Ergebnisveränderung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Mit den Vorschlägen der CDU- Gemeinderatsfraktion wäre es somit möglich, die Grundsteuererhöhung von 2010 rückgängig zu machen und in vier Jahren zusätzlich 19,4 Mio. Euro Schulden zu tilgen.

1.8 Bund entlastet die Stadt

Das Konjunkturpaket II des Bundes ermöglichte insbesondere die energetische Sanierung von Schulen wodurch viele Maßnahmen umgesetzt wurden und 14 Mio. Euro Bundesmittel in Mannheim investiert werden konnten.

Die unter der Leitung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gebildete Gemeindefinanzkommission hatte den Auftrag zu prüfen, welche Möglichkeiten von Seiten des Bundes bestehen, den Kommunen zu stetigeren Einnahmen und besser gestaltbaren Ausgaben zu verhelfen. Dabei sollte es keine Denkverbote geben. Ich kann mich noch genau an die Horrorszenarien erinnern, die von einigen Stadträten der anderen Seite des Gemeinderates gemalt wurden. Statt alles schlecht zur reden, haben wir versucht, den Meinungsbildungsprozess im Sinne der Großstädte zu beeinflussen. Unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden des Arbeitskreises Große Städte der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, Michael Grötsch, konnten wir die Interessen der Großstädte Deutschlands bezüglich der finanziellen Situation Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Berlin darlegen. Wir hatten uns ihr gegenüber, genauso wie die kommunalen Spitzenverbände, klar gegen eine Abschaffung oder Einschränkung der Gewerbesteuer und für die uneingeschränkte Umsetzung des Konnexitätsprinzips sowie für eine auskömmliche Finanzausstattung der Städte ausgesprochen.

Die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission können sich sehen lassen:

- Das Gewerbesteuerhebungsrecht der Kommunen bleibt dauerhaft erhalten.
- Die schrittweise Übernahme der Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund. Damit werden die Kommunen bis zum Jahr 2015 um ca. 12 Milliarden Euro entlastet. Für Mannheim heruntergerechnet ergeben sich Entlastungen von 6,5 Mio. Euro für 2012 (45%), 13 Mio. Euro in 2013 (75%) und 19,7 Mio. Euro ab 2014 (100%).
- Darüber hinaus entlastet das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes den städtischen Haushalt um 7 Mio. Euro. Hierbei ist es wichtig, dass die Stadt Doppelförderungen insbesondere bei den Beförderungskosten, dem Bildungsbereich, der Mittagsverpflegung sowie bei der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (z.B. Vereinsbeiträge) ausschließt.

Im sog. Bildungspaket II wurden die Förderung von Schulsozialarbeit und die Kostenerstattung für das Mittagessen für Hortkinder verabredet.

Addiert man für die nächsten vier Jahre die Beträge, die aus Maßnahmen des Bundes kommen und zu einer Haushaltsverbesserung bei der Stadt Mannheim führen, zusammen, dann kommt man auf 80 Mio. Euro Entlastung. Noch nie hat eine Bundesregierung so viel für die Kommunen getan.

1.9 Land lässt Mannheim im Stich

Das Konnexitätsprinzip ist eine wichtige Säule der im Grundgesetz garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Die von Bund und Ländern den Städten zugewiesenen öffentlichen Aufgaben könnten die Kommunen so stark finanziell belasten, dass damit faktisch die kommunale Selbstverwaltung unterbunden würde. Obwohl das Konnexitätsprinzip bei der Kleinkindbetreuung (Kinderförderungsgesetz) klar geregelt ist, wurde die finanzielle Zuständigkeit des Landes von der Kultusministerin bisher zurückgewiesen. Wörtlich sagte die Ministerin: „Das Konnexitätsprinzip an dieser Stelle erkennen wir nicht an.“ Man könnte meinen, die Ministerin hätte noch nie etwas mit der kommunalen Ebene zu tun gehabt. Falls es bei der Landesregierung nicht rasch zu einem Umdenken kommt, unterstützen wir den Oberbürgermeister, gemeinsam mit anderen Kommunen, den Klageweg gegen die Landesregierung zu beschreiten. Entsprechende Vorbereitungen durch die kommunalen Spitzenverbände wurden bereits getroffen. In den letzten Tagen wurde gemeldet, dass ab 2014 das Land zwei Drittel der laufenden Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung übernehmen will, was eindeutig zu spät kommt. Hoffen wir auch, dass es nicht nur bei dieser Absichtserklärung bleibt.

Eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten des Nationaltheaters ist eine dauerhafte Forderung unserer Stadt. Gerade von den Landtagsabgeordneten der derzeitigen Regierungsparteien, die diesem Gemeinderat angehören, wurde angekündigt, das Nationaltheater finanziell mit den Staatstheatern gleichsetzen zu wollen. Von der Leistungsfähigkeit kann unser Haus mit den Staatstheatern in Stuttgart und Karlsruhe mithalten. Es wäre an der Zeit die Versprechen einzulösen, dann müssten wir nicht wieder über 2 Mio. Euro mehr aus dem städtischen Haushalt den Nationaltheater jährlich zur Verfügung stellen.

In Großstadtschulen, insbesondere in Ganztagschulen mit hohem Migrantenanteil, gehören Schulsozialarbeiter zur Grundausrüstung einer Schule. Dies bedeutet auch, dass das Land für die Finanzierung der Schulsozialarbeiter zuständig ist. Darin sind wir uns im Gemeinderat einig. Auch die ehemalige zuständige Bürgermeisterin hat dies unterstützt. Jetzt werden jedoch lediglich 15 Mio. Euro für ganz Baden-Württemberg für diese Stellen zur Verfügung gestellt. Es muss endlich eine Vollfinanzierung der Schulsozialarbeiter durch das Land geben.

Die ehemalige Bildungsdezernentin hatte behauptet, dass die Stadt im Bildungsbereich weit über ihre Aufgabe als Schulträger hinaus tätig sein muss, weil das Land diese Aufgabe nicht richtig wahrnehme. Die CDU-Gemeinderatsfraktion war schon immer der Meinung, dass die Projekte, wie das Unterstützungsmodell Schule, Quadratkilometer Bildung und andere zusätzliche Bildungsangebote, die auf die besondere Situation in Mannheim abgestimmt sind, vom Land finanziert werden müssen. Leider hat die Kultusministerin ihre Kenntnisse aus Mannheim nicht in die Landesregierung mitgenommen. Wir erkennen an keiner Stelle, dass die Projekte nun vom Land finanziert werden.

Von 880 ha US-Konversionsfläche in der Metropolregion Rhein-Neckar liegen allein 520 ha in Mannheim. Während in Rheinland-Pfalz und in Bayern die Konversionsaufgabe dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt ist, sind in Baden-Württemberg die Regierungspräsidien zuständig. Diese müssen wiederum bei den Ministerien anfragen und haben keine Richtlinienkompetenz. Der Ministerpräsident ist gefordert, das Thema Konversion im Sinne Mannheims nicht weiter zu vernachlässigen sondern endlich zur „Chefsache“ zu machen.

Der freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg und insbesondere in Mannheim ist eine Erfolgsgeschichte. Er leistet seit 1963 einen wesentlichen Beitrag dazu, die Polizeiarbeit in der Gesellschaft positiv zu verankern und die hauptamtlichen Kräfte wirkungsvoll zu entlasten. In Mannheim leisten die 120 freiwilligen Polizisten ca. 12.000 Stunden Dienst. Ob Maimarkt oder MLP Marathon, bei jeder Großveranstaltung sind die ehrenamtlichen Polizisten aktiv. Auch das Mannheimer Polizeimusikchor besteht zu großen Teilen aus Ehrenamtlichen des freiwilligen Polizeidienstes. Das alles hindert Grün-Rot aber nicht daran, in ihrem

Koalitionsvertrag die mittelfristige Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes zu verankern. Dies ist ein herber Schlag ins Gesicht aller ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter des freiwilligen Polizeidienstes und für Mannheim. Für die Mittel, die für die 120 freiwilligen Polizisten in Mannheim verwandt werden, könnten laut Deutscher Polizeigewerkschaft lediglich 5 neue Polizeiobermeisterstellen geschaffen werden. Viele wichtige Aufgaben in der Prävention und der Verkehrsregelung werden durch den Plan der Regierung einfach wegfallen.

2 Neues kommunales Haushaltsrecht, Ziele und Kennzahlen

Die Darstellung des Haushalts nach der doppelten kaufmännischen Buchführung und die Abschaffung der Kameralistik ist zu begrüßen. Natürlich ist es für den Gemeinderat schwer, alle Informationen zu finden und zu analysieren, das war es aber bisher auch. Schnell werden wir uns an die neue Systematik gewöhnen, das gilt für Verwaltung und Gemeinderat gleichermaßen. Als der Landtag von Baden-Württemberg am 22.4.2009 das Gesetz zur Reform des Haushaltsrechts beschlossen hat, war ein Ziel die Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit der Haushalte. Laut dem grün-roten Koalitionsvertrag soll dieses Gesetz wieder rückgängig gemacht werden. Neben der Doppik sollen weiterhin die Kameralistik sowie eine Zwischenlösung möglich sein. Eine Vergleichbarkeit der Kommunen wird damit verhindert.

2.1 Strategische Ziele – Management-Zielsystem

Das neue Haushaltssystem soll die Steuerungsfähigkeit des Gemeinderats verbessern. Diese Steuerung soll insbesondere durch die strategischen Ziele und das Management-Zielsystem erfolgen. Die strategischen Ziele sind wichtig. Sie wurden aber nicht im Austausch mit der Bürgerschaft, den Interessenvertretern und dem Gemeinderat erarbeitet. Der Gemeinderat hat sie nicht beschlossen sondern lediglich „zur Kenntnis genommen“. Die Unternehmensberatung Roland Berger hatte den Auftrag, die besonderen Stärken und die besonderen Schwächen von Mannheim herauszuarbeiten. Daraus wurden von der Verwaltungsspitze die strategischen Ziele entwickelt. Eine Großstadt wie Mannheim muss aber auch strategische Ziele haben, die weder besondere Stärken oder Schwächen unserer Stadt ausmachen. Hierzu zählen wir auch Ziele zu Themen wie Familienfreundlichkeit, Generationengerechtigkeit, Antworten auf den demografischen Wandel oder Null-

Verschuldung. Der Gemeinderat hat im Zuge des Change² Projektes „Reform der Gemeinderatsarbeit“ in einer Arbeitsgruppe das Thema „Gemeinsame Ziele“ bearbeitet. Leider ist dies nicht fortgesetzt worden, aus unserer Sicht ist es erforderlich die strategischen Ziele der Stadt Mannheim weiterentwickeln.

2.2 Management-Ziele

Aus unserer Sicht hätte die Erarbeitung der Management-Ziele weit vor den Etat-Beratungen in den Fachausschüssen und im Gemeinderat stattfinden müssen. Eine Diskussion über das Management-Zielsystem und die einzelnen Ziele würde die Haushaltsberatungen jedoch sprengen. Die Beratungen würden mehrere Wochen dauern. Da wir mit einer Reihe von Management-Zielen nicht einverstanden sind bzw. Änderungen vorgenommen werden müssten, nehmen wir die Management-Ziele des Haushaltsplanentwurfs lediglich zur Kenntnis. Zu einigen Zielen werden wir zu den Etat-Beratungen konkrete Änderungsvorschläge machen. Wir erwarten, dass sie in den Fachausschüssen Anfang 2012 diskutiert werden. Eine Veränderung dieser Ziele mit entsprechenden Auswirkungen auf den Haushalt muss unterjährig möglich sein.

Ein wesentlicher Bestandteil fehlt uns bei diesen Etatberatungen noch und das ist die Eröffnungsbilanz. Auch die Bewertung des Anlagevermögens und vor allem die Bewertungsgrundsätze sind uns nicht transparent und machen die Beurteilung der Zahlen zur Vermögenslage der Stadt Mannheim schwierig. Dies betrifft vor allem auch die vorgenommenen Abschreibungen in den nächsten beiden Jahren. Wir werden diese Punkte nicht alle bei den diesjährigen Etatberatungen klären können und sind gezwungen, der Verwaltung einen Vertrauensvorschuss zu geben.

Einen Dank möchte ich schon an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung aussprechen, die an der Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht aktiv beteiligt waren. Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen und die CDU-Fraktion bedankt sich für die Bemühungen der Verwaltung, die neue Haushaltsstruktur zum einen durch Schulungen, zum anderen durch zahlreiche Fußnoten und Erläuterungen im Haushaltsplan für den Gemeinderat transparent zu machen.

3 Stadtentwicklung

3.1 Konversion: Großer Verlust und Gewinn zugleich

Seit 2010 ist der Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte und der damit verbundene Verlust von zuletzt 8600 Einwohnern beschlossen. Die US-Armee hat das Leben in Mannheim bereichert und die Kultur mitgeprägt. Nach dem Abzug der Soldaten wird Mannheim in seiner über 400-jährigen Geschichte erstmals ohne Militär sein. Die Soldatinnen und Soldaten waren ein wichtiger Teil unserer Stadt und ihr Abzug bedeutet einen großen Verlust. Mit mehr als 800 Beschäftigten war die US-Armee auch ein wichtiger Arbeitgeber in unserer Stadt. Dazu kamen Aufträge an Mannheimer Firmen und die Kaufkraft von bis zu 15.000 Soldaten und ihren Angehörigen. Eine aktuelle Aufgabe sieht die CDU-Gemeinderatsfraktion in der Unterstützung der zivilen Beschäftigten der US-Streitkräfte. Sie müssen entweder an andere Standorte vermittelt oder in den zivilen Arbeitsmarkt integriert werden. Betroffen sind zudem viele Arbeitnehmer bei Vertragsunternehmen.

Neue Chancen für die Stadtentwicklung

Aus Sicht der CDU-Gemeinderatsfraktion müssen die neuen Flächenpotentiale für die Weiterentwicklung der Stadt auf den Gebieten der Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, der Wohn- und Lebensqualität sowie der Gestaltung der natürlichen Ressourcen für die Menschen in unserer Stadt genutzt werden.

Die Wohn- und Lebensqualität der Stadt muss weiter gesteigert werden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion kann dies mit der Schaffung von neuen, hochwertigen Wohngebieten gelingen. Für Unternehmensansiedlungen stellen die Konversionsflächen eine große Chance dar. Ebenso bieten sie die Chance in Zukunft auf Ausgleichsmaßnahmen bei den landwirtschaftlichen Flächen zu verzichten. Die häufig sehr guten Anbindungen an die Verkehrsinfrastruktur sind ein großer Standortvorteil. Für mittelfristige Ansiedlungswünsche müssen Reserveflächen für die Ansiedlung von Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industrieunternehmen freigehalten werden. Die Konversionsplanung darf nicht zu Lasten anderer Stadtentwicklungsprojekte, wie zum Beispiel der Stadtteil- und Zentrenentwicklung, erfolgen. Die Konversion muss als ein Bestandteil der gesamten Stadtentwicklung gesehen werden. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hält es für außerordentlich wichtig, dass die Stadt neben dem Planungsrecht auch das Eigentum an den freiwerdenden

Flächen erwirbt. Dies ist Voraussetzung, damit eine Balance zwischen hochwertigem und differenziertem Wohnbedarf, wichtigen Wissenschafts-, Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsansiedlungen, der Schaffung von Freiraumflächen und der dazu notwendigen Infrastruktur erreicht werden kann. Dazu wäre ein Grundstückserwerb vom Bund (BlmA) für die Stadt Mannheim die beste Lösung. Denn die Entwicklung unserer Stadt im Sinne der Bürgerschaft Mannheims kann nur durch einheitliches Verwaltungshandeln erreicht werden. Eine gemeinsame Projektentwicklungsgesellschaft mit der BlmA wäre auch eine Möglichkeit. Nach den bisherigen Gesprächen sieht es wohl eher danach aus, dass diese die Flächen selbst verwerten will. Falls dies so bleibt, müssen Verwaltung und Gemeinderat schnell ihre Hausaufgaben machen und die Bebauungspläne für diese Areale vorbereiten um unerwünschte Nutzungen auszuschließen.

Festlegung der Nutzungsschwerpunkte

Es ist zum heutigen Zeitpunkt sicherlich nicht möglich, bis ins letzte Detail die Nutzung der ca. 520 ha Konversionsflächen festzuschreiben. Aber gerade um der BlmA klarzumachen, dass sie nicht einfach die Flächen verkaufen und planen kann wie sie will, müssen wir Fakten schaffen.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird folgende Vorschläge dazu einbringen:

Benjamin Franklin, Sullivan und Funari Barracks Käfertal (143 ha)

Die Blockbebauung der ehemaligen Soldatenwohnungen mit einem Bestand von ca. 2000 Wohneinheiten ist eine unserer größten Sorgen. Dieser Bestand darf auf keinen Fall in unveränderter Form dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Das Risiko negativer Auswirkungen auf die Sozialstruktur in diesem Wohnareal wäre immens. Die Bebauung muss auf jeden Fall deutlich aufgelockert werden, bspw. durch den Abriss jedes zweiten Gebäudes. Des Weiteren ist eine völlig neue Infrastruktur mit Sportstätten, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, wohnortnahe Einzelhandel und vielem mehr aufzubauen. Das Areal der ehemaligen Offiziersunterkünfte eignet sich aufgrund seiner waldnahen und verkehrsgünstigen Lage hervorragend für gehobenen Wohnungsbau. Hier sind vor allem Grundstücke ab 500 bis 1000 m² auszuweisen. Der alte Häuserbestand an Einfamilienhäusern sollte überwiegend abgerissen werden, er ist nicht mehr

zeitgemäß und verbraucht viel zu viel Grundstücksfläche bei sehr geringer Wohnfläche. Teile des Areals müssen ebenfalls renaturiert werden.

Spinelli Barracks Feudenheim, Käfertal (82 ha)

Aufgrund der wichtigen Aufgabe dieser Fläche als Frischluftschneise werden wir um eine kostspielige Entsiegelung und Renaturierung der Fläche nicht herumkommen. Deshalb bietet es sich an, gerade dieses Areal vom Bürgerpark Wallstadt über Spinelli bis hin zur Feudenheimer Au als Gebiet für eine Bewerbung zu einer Bundesgartenschau vorzusehen. Wir haben in unserem Antrag für die Ausrichtung das Jahr 2025 vorgeschlagen, genau 50 Jahre nach der letzten Bundesgartenschau in unserer Stadt. Die Verwaltung präferiert das Jahr 2023, ein Jahr in dem Oberbürgermeisterwahlen stattfinden, dies ist wahrhaftig ein Beispiel für vorausschauende strategische Steuerung.

Auf der Käfertaler Seite kann es zu einer Wohngebietserweiterung kommen, an der Talstraße zu einer maßvollen Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes.

Coleman Barracks Sandhofen (216 ha)

Gewerbliche Reserveflächen, Renaturierung mit Erhaltung der Frischluftschneise, ggf. Nutzung für Regenerative Energien, Sport- und Freizeitnutzung bis hin zu Tierhaltungsbetrieben. Die Vorschlagsliste für dieses große Areal ist lang. Hier sind die Fragezeichen am größten was wir zukünftig mit diesem umfangreichen Platzangebot anfangen sollen. Gewerbliche Reserveflächen oder eine Autohof machen hier am meisten Sinn. Einem zweiten Fall Vögele gilt es vorzubeugen.

Turley Barracks Neckarstadt Ost (13 ha)

Nach dem Scheitern des Verkaufs und der Ansiedlung einer Internationalen Schule versucht die Stadt zur Zeit das Areal von der BImA zu kaufen. Auf dem Gelände bietet sich, vor allem auf dem ehemaligen Exerzierplatz, eine Erweiterung der Wohnbebauung an. Entlang der B38 soll es zu einer Erweiterung der Gewerbeflächen kommen.

Hammonds Barracks Seckenheim (7 ha)

Für dieses Areal liegen bereits Pläne von Speer & Partner vor, die eine hochwertige Wohnbebauung mit familien- und altersgerechten Mehrgenerationenhäusern vorsehen und vor allem größere Wohneinheiten von 4 Zimmern und mehr im Angebot haben. Dieser Nutzungsvorschlag findet unsere Zustimmung.

Taylor Barracks Vogelstang (46 ha)

Entlang der Spreewaldallee ist eine natürliche Grünspange zwischen Käfertaler Wald und der Frischluftschneise bei Wallstadt vorzusehen. Auf keinen Fall darf hier weiterer großflächiger Einzelhandel angesiedelt werden. Die vorrangige Nutzung für dieses Areal wird Gewerbeansiedlung sein.

STEM Barracks Seckenheim (4 ha)

In diesem kleinen Areal bietet sich eine Wohngebietserweiterung Suebenheims an der Waldspitze bzw. an der Straße Am Sandhang an. Ebenfalls sollte unter der Restriktion der verkehrlichen Erschließung eine kleine gewerblichen Nutzung auf der südlichen Seite der BAB 656 vorgesehen werden.

Tanklager Class III Point Blumenau (12ha)

Diese Fläche sollte nach der Altlastenbeseitigung renaturiert werden.

Die finanziellen Auswirkungen, die die Konversionsflächen auf den Haushalt der Stadt Mannheim bereits in naher Zukunft haben werden, sind nur schwer kalkulierbar. Die scheinbare Vorstellung der BImA, dass wir nur zahlen und sie verdient dabei, ist abwegig. Altlastenbeseitigung, Renaturierung, Aufbau von Infrastruktur, Rückbau und Abriss werden viel Geld kosten und die Stadt Mannheim soll bezahlen. Dies wird nicht funktionieren. Entweder übernehmen Bund und Land diese Kosten oder geben uns zu einem finanzierbaren Preis die Grundstücke, sodass wir in der Lage sind, diese Aufwendungen aus der Verwertung dieser zu decken. Herr Oberbürgermeister, in dieser Frage haben sie unsere volle Unterstützung.

3.2 Einkaufsmagnet Innenstadt

Für den Umbau der Planken und der Fressgasse in Verbindung mit dem Neubau in Q6/Q7 sind insgesamt 19,5 Mio. Euro im Haushaltsplan eingeplant.

Mit Investitionen in Millionenhöhe sind die Kaufhäuser und Einzelhandelsläden an den Planken in Vorleistung getreten, um den Einkaufsmagnet Mannheimer Innenstadt zu stärken und noch attraktiver zu machen. Die Investitionen von Engelhorn, Peek und Cloppenburg, aktuell der Galeria Kaufhof und vieler kleinerer Einzelhändler haben hierzu beigetragen. Nun ist die Stadt gefordert, den Straßenbelag und die Stadtmöblierung zu erneuern bzw. zu entrümpeln sowie den behindertengerechten Ausbau durchzuführen.

Die privaten Investitionen von ca. 260 Mio. Euro auf den Quadraten Q6 und Q7 werden von der CDU-Gemeinderatsfraktion uneingeschränkt unterstützt. Auf einer Bruttogrundfläche von ca. 142.160 Quadratmetern soll ein Shopping-Center mit exklusivem Wohnen, Büros, Gesundheit, Wellness und Fitness sowie einem Vier-Sterne-Superior-Hotel mit 200 Zimmern entstehen. Dies wird mehrere hundert neue Arbeitsplätze mitten in der Stadt schaffen.

Uns ist aber wichtig, dass die beiden Projekte Plankengeneralsanierung und Q6 / Q7 in der Realisierung nicht parallel durchgeführt werden. Die Sperrung bzw. massive Verkehrseinschränkung in der Fressgasse bei gleichzeitiger Großbaustelle auf den Planken wären schädlich für den Einzelhandel. Hierzu erwarten wir von der Verwaltung zu den Etatberatungen Auskunft, ggf. können dann Ausgaben in die Zukunft transferiert werden.

3.3 Aufwertung der Stadtteilzentren

Mannheim ist die Stadt der Stadtteile. Die Stadtteilzentren, zum Teil mit historischen Rathäusern haben eine wichtige identitätsstiftende Bedeutung. Die Aufwertung der Stadtteilzentren muss deshalb ein wichtiges Ziel der Stadtentwicklung bleiben. Diese Projekte dürfen keinesfalls einer Fokussierung auf die Konversionsflächen zum Opfer fallen. Die Neugestaltung der Stadtbahntrassen wurde bereits vor Jahren in Feudenheim und Rheinau dazu genutzt, das Zentrum auch als Einkaufsstandort

attraktiv zu machen. Für Rheinau ist in diesem Haushalt eine Investition von 1. Mio. Euro in die Bürgerdienste eingeplant, was wir sehr begrüßen.

Die Umgestaltung des Sandhofer Sticks hat das Zentrum des Stadtteils stark aufgewertet. Negativ ist anzumerken, dass wenige Monate nach Beendigung der Bauarbeiten aktuell die Schönauer Straße aufgerissen wird. Es ist zu befürchten dass auf der neugestalteten Straße wieder ein „Flickenteppich“ entsteht.

Die Gestaltung des Rathausplatzes Wallstadt inklusive der Rathaussanierung ist ebenfalls, nicht zuletzt aufgrund der Bürgerbeteiligung, ein Erfolg. Die Eröffnung mit hunderten Bürgern und einem Spontankonzert des Wallstadter Sohns Xavier Naidoo zeigten dies eindrucksvoll.

Nun geht es daran, den Lena-Maurer-Platz in Schönau aufzuwerten. Die mit Bürgerbeteiligung erstellten Pläne sind vielversprechend. Hierfür sind insgesamt 1,8 Mio. Euro im Haushalt bis 2013 eingeplant.

Die Aufwertung des Käfertaler Zentrums in und um die Mannheimer Straße ist von herausragender Bedeutung für den Stadtteil. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hatte beantragt, dass dieses Gebiet als förmliches Sanierungsgebiet ausgewiesen wird. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Auch wurden noch von der CDU-geführten Landesregierung 2,4 Mio. Euro Landesmittel zur Aufwertung des Käfertaler Zentrums zugesagt. Bei diesem Projekt ist neben der intensiven Beteiligung der Interessensvertreter und der Bürger wichtig, dass endlich ein sichtbares Zeichen des Beginns der Maßnahme erfolgt. Dies kann aus unserer Sicht nur die lange überfällige Sanierung des Rathauses Käfertal sein. Die Nutzung der Räumlichkeiten muss neu konzipiert und der barrierefreie Zugang zu den Bürgerdiensten gewährleistet werden. Dies hat die CDU-Gemeinderatsfraktion bereits beantragt. Es sind zwar insgesamt 5,75 Mio. Euro für die Sanierung des Käfertaler Zentrums bis 2015 im Haushalt eingeplant, die „Generalsanierung Rathaus Käfertal“ ist aber erst in der Finanzplanung ab 2016 ff vorgesehen. Dies ist viel zu spät, um für die Bevölkerung ein sichtbares Zeichen zu setzen. Wir werden das Vorziehen der Generalsanierung in den Haushalt 2012/2013 beantragen.

Der Förderverein Altes Rathaus Seckenheim hat mit Spendensammlungen und anderen Aktivitäten dazu beigetragen, dass das Rathaus im Herbst 2009 eingeweiht werden konnte. Nun sind die nächsten Planungsschritte für die Sanierung der „Seckenheimer Planken“ durchzuführen. 4,8 Mio. Euro sind für dieses Projekt eingeplant. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine ausgesprochen anspruchsvolle und komplexe Aufgabe. Es soll ein attraktiver Platz mit hoher Aufenthaltsqualität gestaltet werden. Der OEG-Haltepunkt mit Umstieg zu mehreren Buslinien soll erhalten bleiben. Die Parksituation für die Kunden soll verbessert werden. Neben bestehenden Geschäften sowie dem gastronomischen Angebot sollen neue Anbieter angesiedelt werden. Die Verkehrsproblematik mit der Zufahrt zur Brücke nach Ilvesheim muss verbessert werden. Das Letztere kann nur durch den Bau der Ladenburger Brücke geschehen. Aber eine grün-rote Landesregierung bedeutet keine guten Zeiten für einen Brückenneubau. Wir sind über die weiteren Planungsschritte mit entsprechender Bürgerbeteiligung gespannt.

Für Neckarau ist erfreulich, dass für die Schulstraße nun endlich 2,5 Mio. Euro im Haushalt eingeplant sind. Diese Einkaufsstraße ist für die Nahversorgung der Anwohner in diesem Gebiet wichtig.

Der CDU-Antrag zur Aufwertung des Meeräckerplatzes in Lindenhof feiert in diesem Jahr unrühmliches zehnjähriges Jubiläum. Obwohl die CDU-Gemeinderatsfraktion diesen Antrag mehrfach angemahnt sowie erneuert hat, findet er sich - gemeinsam mit weiteren Anträgen zu dem Thema - seit Jahren auf der Liste der unbearbeiteten Anträge wieder. Dies ist ein neuer Versuch, die Verwaltung vom dringenden Sanierungsbedarf dieses für den Lindenhof wichtigen Platzes zu überzeugen.

Mit der Neuen Mitte Waldhof hat der Stadtteil einen zentralen Einkaufsstandort erhalten. Es war richtig, dort auch den Bürgerdienst anzusiedeln. Nun gilt es den angrenzenden Taunusplatz zu attraktivieren.

Die CDU-Fraktion wird in den Etatberatungen die Stadtteile weiter stärken und dafür Sorge tragen, dass die von der Verwaltung angekündigten Projekte auch umgesetzt werden.

4 Sicherheit und Ordnung

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion war und ist das Thema Sicherheit und Sauberkeit ein wichtiges Element ihrer politischen Arbeit. Die Menschen in Mannheim sollen sich wohl fühlen. Dazu zählt für uns auch, dass sie angstfrei öffentliche Räume bei Tag und Nacht nutzen können. Nur so können sie ihre rechtlich verbrieft Freiheit auch voll genießen und am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben. Das gilt vor allem für Kinder sowie ältere und behinderte Menschen, die in besonderem Maße darauf angewiesen sind, dass ihre persönliche Integrität vollumfänglich gesichert ist. Denn was nützen uns die vielfältigen Angebote, wenn ein Teil der Bevölkerung sich aus Angst um ihre eigene Sicherheit nicht trauen würde, diese auch wahrzunehmen. Gerade für eine Großstadt wie Mannheim ist es essentiell, dass man sich sicher fühlt. Dies gilt für die Einwohner ebenso wie für Besucher. Deshalb werden wir nicht lockerlassen, wenn es darum geht, unsere Stadt sicherer und sauberer zu machen. Auch das ist für uns ein wichtiges Element eines positiven Stadtmarketings. Saubere und gepflegte Grünflächen, Straßen und Plätze sind die Visitenkarten einer Stadt, die von Ortsfremden zuerst wahrgenommen werden. Umgekehrt vermitteln Schmutzdecken und verdreckte öffentliche Flächen ein negatives Bild, das sich in den Köpfen der Menschen festsetzt und nur schwer wieder korrigierbar ist. Wir betrachten es als Auszeichnung, wenn unsere Partei als Partei von Recht und Ordnung bezeichnet und so wahrgenommen wird. Uns irritiert eher, dass es gewählte Volksvertreter anderer Parteien gibt, die ein Problem damit haben, für Recht und Ordnung einzutreten.

Wir werden uns jedenfalls nicht beirren lassen und weiter im Sinne der überwältigenden Mehrheit unserer Bürger für mehr Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt eintreten. Die Mannheimer wissen, dass wir auf diesem Feld schon immer ein verlässlicher Partner waren und auch bleiben werden. Reine Lippenbekenntnisse anderer Parteien werden schnell entlarvt sein, wenn wie bisher keine Taten folgen. Wir werden in den kommenden Monaten genügend Beispiele finden, wo sich zeigen wird, ob Rot-Grün ihren Widerstand gegen notwendige Maßnahmen aufgeben wird.

4.1 Kommunaler Ordnungsdienst

Lassen Sie mich einige kommunalpolitisch wichtige Themenfelder im Bereich der Sicherheit und Sauberkeit ansprechen. Beginnen möchte ich mit einer Erfolgsgeschichte, die maßgeblich auf die CDU zurück zu führen ist. Die Rede ist vom Kommunalen Ordnungsdienst, der aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Mit ihm bekam die Stadtverwaltung ein effizientes Mittel an die Hand, um gegen Störungen im Bereich des Ordnungsrechts wirksam vorzugehen. Ohne ihn wären Grünflächen wie am Friedrichsplatz oder Paradeplatz sowie am Strandbad in einem deutlich schlechteren Zustand. Ohne ihn hätten wir kaum eine Handhabe gegen Ruhestörungen und Alkoholexzesse. Ohne ihn wäre das Grillverbot am Rheinufer nicht durchsetzbar gewesen mit seinen dort beobachteten negativen Begleiterscheinungen. Viele weitere Bereiche wären aufzählbar, wo die Stadt ohne ihren KOD die Einhaltung unserer Sicherheitsregeln nicht durchsetzen könnte. Die CDU hatte sich für eine weitere Aufstockung des KOD ausgesprochen, die rot-grüne Mehrheit hat dies aber bisher abgelehnt. Wir halten an diesem Vorhaben im Grundsatz fest, wollen aber die Ergebnisse der im 1. Quartal des neuen Jahres eingesetzten Arbeitsgruppe zum KOD abwarten. Wir sind aber davon überzeugt, dass sich aus diesen Gesprächen ein Bedarf an weiteren Mitarbeitern des KOD ergeben wird. Rein präventiv kündigen wir schon heute unseren massiven Widerstand gegen eine von rot-grün beabsichtigte Verringerung der KOD-Personalstellen oder gar dessen Abschaffung an.

Nicht zuletzt deshalb haben wir kürzlich einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, der es uns ermöglichen würde, in Zeiten erhöhten Bedarfs den KOD wesentlich zu verstärken. Gerade wenn verschiedene Großereignisse in der Stadt kumulativ zusammen kommen, reicht der vorhandene Personalbestand des KOD nicht aus. Hier eine Personalreserve in der Hinterhand haben zu können, wäre sehr sinnvoll. Der Anlass, einen in Sicherheitsfragen erfahrenen Personenkreis für diesen Bereitschaftsdienst gewinnen zu können, ist für uns zwar kein Grund zur Freude. Denn schließlich will die grün-rote Landesregierung den über 50 Jahre bewährten Freiwilligen Polizeidienst abschaffen. Doch wäre es aus kommunaler Sicht auch noch fahrlässig, praxiserfahrene und ausgebildete Sicherheitskräfte der Polizei zukünftig nicht zur Verbesserung der Sicherheit in unserer Stadt einzusetzen. Leider stimmen uns die ersten Reaktionen von Grün-Rot auf unseren Vorschlag nicht froh. Es bleibt

zu hoffen, dass zumindest die SPD die Vorzüge dieses Antrags erkennt. Mit ihm wäre mit geringen finanziellen Mitteln eine deutliche Verbesserung der Sicherheitslage in Stoßzeiten möglich.

4.2 Videoüberwachung

Als politischer Dauerbrenner hat sich seit Jahren das Thema Videoüberwachung erwiesen. Die von der CDU eingeführte Videoüberwachung hat nachweislich zahlreiche Straftaten aufgeklärt. Zudem hat sie dazu beigetragen, dass sogenannte Angsträume für die Bürgerschaft wieder zurückgewonnen wurden. Doch der Erfolg der Videoüberwachung führte widersinnigerweise zugleich zu ihrem Aus. Das Polizeigesetz lässt die Videoüberwachung öffentlicher Räume eben nur solange zu, wie sich der überwachte Bereich als Kriminalitätsschwerpunkt erweist. Die rechtlich erzwungene Abschaltung ist somit der offenkundigste Beweis der Wirksamkeit der Videoüberwachung. Denn mit ihrem Einsatz verlor der überwachte Bereich seine Eigenschaft als Kriminalitätsschwerpunkt. Wir bedauern es sehr, dass die alte Landesregierung aufgrund der Halsstarrigkeit der FDP dieses Gesetz nicht ändern und damit praxistauglicher machen konnte. Wir sprechen uns für die Weiterführung der Videoüberwachung am Hauptbahnhof sowie deren Einsatz an neu entstehenden Kriminalitätsschwerpunkten aus. Wünschenswert wäre auch, wenn es im Landtag eine Mehrheit gäbe, um das Polizeigesetz zu ändern.

Bei der Videoüberwachung öffentlicher Gebäude konnte die alte Landesregierung hingegen eine wichtige Änderung herbeiführen. So ist es nunmehr möglich, zum Schutz von Leib und Eigentum eine Videoüberwachung an öffentlichen Gebäuden, insbesondere an Schulen, wieder durchzuführen. Die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderten gesetzlichen Grundlagen sind damit geschaffen. Nunmehr liegt es am Gemeinderat, die seit dem Jahr 2008 untersagte Videoüberwachung an Schulen wieder möglich zu machen. Auch hierzu hat die CDU bereits einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, über den hoffentlich bald in den zuständigen Ausschüssen beraten werden kann. Wir wollen es denjenigen Schulen ermöglichen, die Videoüberwachung vornehmen zu können, die dies selbst möchten. Die CDU respektiert und fördert hierbei die Autonomie der Schulen, indem sie ihnen selbst die Entscheidung überlässt, ob sie von der Videoüberwachung Gebrauch machen wollen oder nicht. Wir sind sehr gespannt, ob Rot-Grün im Gemeinderat die viel

beschworene Bürgernähe unter Beweis stellt und den Schulen diese Entscheidungsfreiheit einräumt oder ihnen die Möglichkeit der Videoüberwachung generell versagt. Tatsache ist jedenfalls, dass sich im Zuge der bis zum Jahr 2008 praktizierten Nutzung der Videoüberwachung an den Schulen die Zahl an Vandalismusschäden, Einbrüchen oder Übergriffen durch schulfremde Personen deutlich reduziert haben, wie sich aus einer Informationsvorlage der Stadtverwaltung ergibt. Es wäre daher kaum nachvollziehbar, wenn eine Fortsetzung dieses bewährten Mittels nun nach erfolgter gesetzlicher Grundlage nicht ermöglicht würde. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat kurz nach Bekanntmachung ihres Antrags deutliche Signale von Schulleitungen vernommen, dass sie gerne wieder eine Videoüberwachung an ihrer Schule vornehmen würden, wenn sie dies dürften.

4.3 Sauberkeit

Viele Menschen beklagen zu Recht verdreckte Straßen und Grünflächen in unserer Stadt. Wir sollten diese Klagen ernst nehmen. Zum einen, weil es belegt, dass sich unsere Bürger um das Erscheinungsbild sorgen, zum anderen aber vor allem, weil die Sauberkeit tatsächlich immer noch unzureichend ist. Daher sollte die Stadt ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Sauberkeit weiter verstärken. Darüber hinaus sollten aber auch diejenigen stärker zur Rechenschaft gezogen werden, die ihren Müll illegal entsorgen. Mit der unlängst in Kraft getretenen Polizeiverordnung haben wir eine gute Grundlage geschaffen, um das Stadtbild zu verbessern. Die Verwaltung sollte sich auch nicht scheuen, Bußgelder gegen diejenigen Zeitgenossen zu verhängen, die solch elementare Verhaltensregeln missachten.

Leider gibt es zunehmend mehr Immobilieneigentümer, die ihren Pflichten zur Reinhaltung des eigenen Bürgersteigs oder ihren Winterpflichten nicht nachkommen. Auch hier sollte entgegen gewirkt werden.

4.4 Alkohol und Drogen

Übermäßiger Alkoholkonsum ist ein häufig unterschätztes Phänomen in unserer Gesellschaft. Viele Menschen leiden unter Alkoholabhängigkeit. Davon sind nicht nur die Trinkenden selbst, sondern ganze Familie betroffen. Daher sollten wir uns stärker damit befassen, wie wir den Alkoholkonsum insgesamt zurückführen können. Besonders problematisch ist die Zunahme von Alkohol trinkenden Minderjährigen.

Dagegen müssen wir mit allen Mitteln vorgehen, denn Jugendlichen sind die Gefahren des Alkohols offensichtlich nicht ausreichend bekannt. Hier müssen wir insbesondere die Aufklärung in den Schulen, am Arbeitsplatz und in den Vereinen intensivieren. Darüber hinaus müssen wir aber auch die Überwachung verstärken, um den Verkauf und die Weitergabe von harten Alkoholika an Minderjährige zu unterbinden. Die vor einigen Monaten durchgeführten Kontrollen von Lebensmitteleinzelhändlern in Mannheim hat ein erschreckendes Ergebnis zu Tage gefördert. Eine ganze Reihe von Geschäften hielt sich nicht an das strikte Verkaufsverbot von Branntwein an unter 18-jährige. Diese Kontrollen sollten künftig in kürzeren Intervallen stattfinden und Händler, die gegen dieses Verkaufsverbot verstoßen, im Wiederholungsfall mit empfindlichen Strafen belegt oder sogar ihre Gewerbeerlaubnis entzogen bekommen.

Zudem wünscht sich die CDU-Fraktion, dass der Konsum von alkoholischen Getränken in den Bussen und Bahnen der RNV im Stadtgebiet untersagt wird. Wir würden dadurch nicht nur einen Beitrag zur Minderung von Belästigungen von Fahrgästen leisten, sondern auch die Sauberkeit im ÖPNV-Fuhrpark deutlich verbessern. Wir würden es auch begrüßen, wenn die RNV ihre Fahrgäste zu diesem Thema befragen würden. Etwas befremdlich erscheint uns die geäußerte Haltung der RNV, ohne eine solche Befragung ein solches Verbot umgehend abzulehnen, obwohl es anderswo mit erheblichem Erfolg umgesetzt wird.

Zudem fordert die CDU-Gemeinderatsfraktion ein Konzept zur Eindämmung der wieder stärker in Erscheinung tretenden offenen Drogenszene. Besonders die bis vor kurzem am Rathaus und den Reiss-Engelhorn-Museen zu registrierende Junkie-Szene hat zahlreiche Menschen irritiert. Es ist für eine Stadt, die den Anspruch erhebt, Kulturhauptstadt Europas werden zu wollen, schlichtweg unangemessen, wenn sie solche Zustände nicht schneller beheben und Lösungswege zur Reduzierung einer offenen Drogenszene aufzeigen und umsetzen kann.

5 Bildung und Jugend

Es gibt einen Satz, den wir im Laufe der Etatberatungen sicher noch häufiger hören werden, der es aber trotzdem wert ist, immer wieder gesagt zu werden: „Unsere Kinder sind unsere Zukunft“. Wir müssen den Kindern helfen, ihre Potentiale bestmöglich zu entwickeln und die Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

Auch in vergangenen Etatberatungen hat die CDU-Gemeinderatsfraktion daher deutliche Schwerpunkte im Bereich Bildung gesetzt. Dabei legen wir unser Augenmerk immer auf die Entfaltung der Persönlichkeit und der Begabungen jedes einzelnen Kindes. Unser Leitgedanke ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die jedem einzelnen Kind und jedem einzelnen Jugendlichen eine möglichst individuelle, passgenaue Förderung ermöglichen. Nur so können wir Nachteilen entgegenwirken, deren Beeinträchtigungen ihren Ursprung z.B. in der familiären oder gesundheitlichen Situation haben. Wir als Kommune müssen im Rahmen unserer Zuständigkeiten die Qualität unserer Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen verbessern und dabei ein Hauptaugenmerk auf die Förderung von Schülern aus bildungsfernen Familien richten.

5.1 Gestaltung der Schullandschaft

Die leidige Schulsystemdebatte hat nun auf Landesebene andere Vorzeichen bekommen, und dennoch gilt, was ich schon in meiner letzten Etatrede gesagt habe: Die Systemdebatte selbst hat „in einem kommunalen Parlament in Baden-Württemberg nichts zu suchen. Die Gesetzgebung liegt nicht in unserer Zuständigkeit.“ Die Gesetzesänderungen aber, die es schon gibt, haben für Mannheim durchaus Konsequenzen. Sie bringen uns in eine Situation, in der wir wichtige Entscheidungen treffen müssen und dies plötzlich nun noch vor dem Hintergrund unzuverlässiger Zahlen, vager Ankündigungen und ohne konkrete Finanzierungszusagen. Nehmen wir als Beispiel die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Die vor wenigen Wochen veröffentlichte Allensbach-Studie „Zwischen Ehrgeiz und Überforderung“ beweist eindrücklich, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolge bei einer verbindlichen Grundschulempfehlung tatsächlich geringer ist, als wenn die Eltern das letzte Wort haben. Viele Eltern aus bildungsfernen Schichten streben demnach auf Grund der eigenen Überforderung einen niedrigeren Bildungsabschluss für ihr Kind

an, teilweise im Widerspruch zur Grundschulempfehlung. Damit widerspricht die Abschaffung der Verbindlichkeit dieser Empfehlung ja geradezu dem erklärten Ziel der grün-roten Landesregierung.

Die zweite angekündigte Änderung der Landesregierung trifft die beruflichen Schulen auf besondere Art und Weise. Die Kultusministerin spricht in Interviews immer wieder von einer „Befreiung der Werkrealschulen von der im Grunde genommen untragbaren Bürde der verpflichtenden Kooperation mit den Berufsfachschulen“. Das ist nicht nur ein Affront gegen die beruflichen Schulen sondern auch ein Eingriff in das Bildungssystem, der für die Stadt Mannheim als Schulträger weitreichende aber nicht vorhersagbare Konsequenzen haben wird.

Die alte Landesregierung hat mit der Einführung der Werkrealschulen einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die getrennten Abschlüsse von Haupt- und Realschule müssen beibehalten werden, jedoch sollte man jedem Hauptschüler die Chance geben einen Realschulabschluss anzustreben. Der nächste Schritt wird sein, dass bei weiter sinkenden Schülerzahlen im Hauptschulbereich eine räumliche Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ins Auge gefasst wird.

Neues humanistisches Gymnasium

Mit Blick auf den zu erwartenden Anstieg der Übergänge auf das Gymnasium hat die CDU-Fraktion die Einrichtung eines weiteren Gymnasiums im Mannheimer Norden beantragt. Wir setzen uns für ein humanistisches Gymnasium im Stadtbezirk Käfertal ein, da dieser Stadtteil mit 4 Grundschulen ausgestattet ist, keine weiterführende Schule hat und inmitten von Konversionsflächen liegt, bei denen wir in den nächsten Jahren mit einem Bevölkerungswachstum zu rechnen haben. Eine weitere Realschule wäre sicherlich auch wünschenswert, da auch hier mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist.

Keine Experimente

Sozialistischen Einheitsschulen oder weitere Gesamtschulen, die seit neuestem Gemeinschaftsschulen genannt werden, lehnen wir ab. Wir sollten die Gymnasien stärken und das Schulangebot in diesem Bereich ausweiten. Die IGMH als einzige

Gesamtschule in unserer Stadt ist etabliert und profitiert in ihrer Beliebtheit von ihrem Ganztagesschulangebot und der erweiterten Personalausstattung. Dieses werden wir in den nächsten Jahren auch an allen anderen Schulen anbieten müssen, dafür braucht es keine weiteren Modellversuche. Falls die Verwaltung und eine rot-rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat der Meinung sein sollten unser erfolgreiches gymnasiales Bildungswesen in Mannheim zu schwächen oder sogar abzuschaffen zu wollen, wird sich die CDU-Fraktion an die Spitze einer Gegenbewegung setzen. Eine Volksabstimmung zum Bildungssystem wie in Hamburg würde auch in Baden-Württemberg zu einem eindeutigen Ergebnis führen.

5.2 Gezielte Förderung

Die Förderung von Kindern, besonders aus bildungsfernen Familien, muss lange vor der Einschulung beginnen. Allein der Besuch eines Kindergartens und die dort möglichen Förderansätze können früh ein möglicherweise vorhandenes Förderdefizit im familiären Umfeld ausgleichen. Die CDU setzt sich daher landesweit für die Einführung mindestens eines verbindlichen dritten Kindergartenjahres ein. Aber auch von Seiten der Stadt können wir hier in Ergänzung zu den Leistungen des Landes einen wichtigen Beitrag leisten. Wir trauen den Eltern grundsätzlich die Erziehung und Förderung ihrer Kinder zu. Aber wir erkennen an, dass manche Eltern bei dieser Aufgabe mehr Unterstützung benötigen als andere.

Wir wollen daher ganz gezielt dort zusätzliche Unterstützungsangebote machen, wo sie sinnvoll sind und nachgefragt werden. Der regelmäßige Kindergartenbesuch muss auch ohne Verpflichtung eine Selbstverständlichkeit sein. Hier gilt es, die Eltern von Kleinkindern frühzeitig zu erreichen und zu informieren. Ebenso müssen die Förderangebote im Kindergarten allen Eltern nähergebracht werden und die Familien durch eine intensive Elternarbeit an die pädagogische Arbeit der Kindergärten herangeführt werden, um diese auch von ihrer Seite aus selbstbewusst begleiten zu können. Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, angefangen bei den vorgezogenen Einschulungsuntersuchungen, muss genutzt werden, um rechtzeitig und gemeinsam mit den Eltern möglichen Defizite bei den Kindern entgegenzuwirken. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, die eine kontinuierliche Begleitung und Beobachtung der Kinder und ihrer Lernbiographie ermöglicht, muss noch verstärkt werden. Daher setzt sich die

CDU-Fraktion für den Erhalt der bestehenden Bildungshäuser und für die Einrichtung weiterer solcher Kooperationen ein. Bildungsangebote der Freien Träger und der Kirchen, aber auch der außerschulischen städtischen Bildungseinrichtungen wie Abendakademie, Stadtbibliothek und Musikschule müssen von den Kindergärten und Schulen selbstverständlich genutzt werden.

Durch die gezielte Einrichtung von Ganztagschulen vor allem im Grundschul- und im Werkrealschulbereich können Kinder über die üblichen Unterrichtsstunden hinaus gezielt und individuell gefördert werden. Wenn immer wieder in der Bildungsdebatte der Eindruck entsteht, Ganztagschulen nehmen den Kindern Freizeit und Zeit für familiäre Interaktion, so ist dies ein einseitiger Ansatz. Sicherlich haben wir weder die gesetzlichen noch die finanziellen Voraussetzungen, flächendeckend Ganztagschulen an allen Schularten einzurichten. Und sicherlich leisten viele Eltern wertvolle Erziehungsarbeit am Nachmittag. Aber die Nachfrage nach Betreuung im Hortbereich zeigt uns deutlich, dass sich zumindest in Mannheim wie auch in anderen Großstädten und Ballungsräumen die Strukturen verändern.

Die CDU-Fraktion setzt sich daher auch weiterhin dafür ein, vor allem im Grund- und Werkrealschulbereich den Ausbau der Ganztagschulen voranzutreiben, und die Schulkonzepte gemeinsam mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren wie Freien Trägern und Sportvereinen auszugestalten. Nicht nur mit Blick auf die Nachfrage durch Kinder berufstätiger Eltern, sondern besonders auch bei der Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern oder der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund leisten Ganztagschulen einen wichtigen Beitrag. Eine Ganztagschule mit neuen Lernformen und dem Alter der Kinder entsprechend angepassten Zeitabläufen ist pädagogisch einer Kombination aus Schule am Vormittag und Hort am Nachmittag vorzuziehen. Da die Rhythmisierung organisatorisch nur gebundenen Angebotsformen sinnvoll möglich ist, setzt sich die CDU aus inhaltlicher Überzeugung für mindestens teilgebundene Ganztagschulen ein. Ein vollständig gebundenes Angebot halten wir jedoch nicht für zwingend notwendig. Durch den Ausbau der Ganztagschulen ist zudem mit einem Rückgang oder zumindest einem langsameren Anstieg der Nachfrage nach Hortbetreuung zu rechnen, weshalb die Frage der Ganztagschulen als Gesamtkomplex mit der Frage der Kinderbetreuung gedacht werden muss.

Abendakademie zusätzlich unterstützen

Die Mannheimer Abendakademie ist eine der erfolgreichsten Volkshochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, in dieser Einrichtung wird das Motto „Lebenslanges Lernen“ gelebt. Die Mannheimer Abendakademie hat sich der Problematik der Schulabbrecher besonders gewidmet und neben dem sehr weit verbreiteten Angebot an Abendgymnasien und Abendrealschulen ein weiteres Angebot geschaffen, das in Tagesform auf die Vorbereitung zur Schulfremdenprüfung Hauptschule und Mittlere Reife ausgerichtet ist. Gerade bei jungen Eltern ist die Tagesform oft die einzige Möglichkeit, den Schulabschluss nachzuholen, da tagsüber die Kinder in Kindergarten und Schule gut aufgehoben sind. Die Abendakademie macht dieses Angebot trotz fehlender Zuschüsse durch Land und Bund und obwohl sie mit diesem Programm ein Defizit erwirtschaftet, das sie mit Erlösen aus anderen Geschäftsbereichen decken muss.

Die Teilnehmer an diesen Kursen zahlen zudem einen Semesterbeitrag, der angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage, in der sie sich in aller Regel befinden, eine nicht unerhebliche Belastung darstellt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich daher dafür ein, die durch das Bildungs- und Teilhabepaket freiwerdenden Mittel zum Teil zur Unterstützung derjenigen jungen Menschen einzusetzen, die aus eigenem Antrieb heraus ihre Schulabschlüsse nachholen.

5.3 Betreuungseinrichtungen zügig ausbauen

Beim Ausbau der Kleinkindbetreuung haben wir nach den Anstrengungen der vom Oberbürgermeister einberufenen Task Force jetzt doch noch eine kleine Chance, den Rechtsanspruch für die unter 3-Jährigen zum Kindergartenjahr 2013/2014 mit einer Kombination aus Krippenplatzausbauprogramm und Gewinnung zusätzlichen Personals zu realisieren oder zumindest die gesetzte Zielquote von 35% zu erreichen. Ohne die Freien Träger, insbesondere der katholischen und evangelischen Kirche wäre dies nicht möglich. Aber auch darüber hinaus ist die Betreuungssituation vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschulzeit ein zentraler Standortfaktor für unsere Stadt und muss daher fortlaufend weiterentwickelt werden. Im Kleinkindbereich wird mittelfristig sicher eine Betreuungsquote von deutlich über 40% realistisch sein.

Die Situation im Hortbereich, wo Mannheim bereits heute einen Spitzenplatz belegt, wird sich ebenfalls weiter zuspitzen, da immer mehr Kinder in die Grundschulen kommen, die im Kindergarten bereits eine Ganztagsbetreuung hatten und deren Eltern selbstverständlich die Berufstätigkeit nicht wieder einschränken wollen oder können. Alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung haben wiederholt zugesagt, dass es an Investitionsmitteln für den Ausbau der notwendigen Räumlichkeiten nicht fehlen wird. Hier sind auch für uns die Prioritäten klar.

Fachkräftemangel beseitigen

Wir wissen aber alle, dass im Betreuungsbereich in erster Linie der Fachkräftemangel das Problem darstellt. Die CDU-Fraktion setzt sich daher dafür ein, alle Spielräume bei der Gewinnung von Fachpersonal auszunutzen. Dazu gehört unter anderem, dass wir uns besonders im Krippenbereich von dem selbst auferlegten Standard befreien, nur Erzieher und Erzieherinnen zu beschäftigen. Insbesondere Kinderpfleger und Kinderpflegerinnen sind für die Betreuung von Kleinkindern bestens qualifiziert. Auch im Kindergartenbereich könnten sie durchaus verstärkt eingesetzt werden, wenn die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen würden – was zugegebenermaßen in der offenen Angebotsform der städtischen Einrichtungen schwierig ist. Wir schlagen außerdem vor, in der Schulkindbetreuung pädagogisches Personal aus verwandten Berufen befristet einzustellen und diesen Personen eine Weiterbildung anzubieten, die sie auf die Schulfremdenprüfung zur Erzieherin vorbereitet. So kann die Stadt Mannheim über die Beantragung weiterer Klassen am Froebel-Seminar hinaus selbst zur Qualifizierung von Fachpersonal beitragen.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat beantragt, eine Werbekampagne an Mannheimer Schulen durchzuführen, um insbesondere auf die Berufsbilder „Erzieher“ und „Kinderpfleger“ hinzuweisen und deren Ausbildungsberufe bei jungen Menschen interessant zu machen.

5.4 Hochschul- und Wissenschaftsstadt Mannheim

Mannheim ist ein bedeutender Hochschul- und Wissenschaftsstandort in der Metropolregion, der in den letzten Jahren eine sehr gute Entwicklung genommen hat. Allein die Vielfalt des Angebots unserer Hochschulen erlaubt es, in Mannheim nahezu jede Fachrichtung studieren zu können. Die institutionelle Angebotspalette

reicht von der Universität Mannheim mit ihren weltweit renommierten Fakultäten für Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, dem der Universität angegliederten Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und anderen Forschungsinstituten im wirtschaftswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Bereich über die Hochschule Mannheim, der Dualen Hochschule, der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, der Staatlichen Hochschule für Musik und darstellende Kunst und der Pop-Akademie bis hin zu den Bildungseinrichtungen der Bundeswehr, die im Rahmen der jüngsten Streitkräftereform zu einem Bildungszentrum der Bundeswehr umstrukturiert und personell sogar aufgestockt werden.

Die Hochschullandschaft verändert sich schnell und die Konkurrenz ist nicht auf deutsche Hochschulen beschränkt, sondern international. Es gilt daher, auch und gerade als Stadt zügig auf neue Entwicklungen zu reagieren, denn Mannheim muss als Hochschul- und Wissenschaftsstadt attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Dies liegt im Interesse unserer Stadt, aber dies sind wir auch den Forschenden und Lehrenden schuldig, die auch in diesem Jahr wieder eine Vielzahl an Preisen und Preisgeldern nach Mannheim geholt haben. Neben andauernden Investitionen in Forschung und Lehre sowohl durch den Bund als auch durch das Land Baden-Württemberg gehören dazu auch der Erhalt und der Ausbau der Attraktivität unserer Stadt. Dank der vorbildlichen Einbeziehung auch privater Spender wurde vom Land viel in die Renovierung der Schlossuniversität investiert. Der Bund hat die Gebäude der Bundeswehrbildungseinrichtungen in Neuostheim seit 2006 mit ca. 13,6 Mio. Euro saniert.

Neubau für Duale Hochschule

Nachholbedarf sieht die CDU-Gemeinderatsfraktion aber bei der Dualen Hochschule. Deren Lage und Räumlichkeiten im Niemandsland zwischen Neuostheim und Seckenheim sowie in der Käfertaler Straße sind für Studenten gänzlich unattraktiv. Wir appellieren daher dringend an den Gemeinderat, sich unserem Antrag vom 12. September 2011 anzuschließen, die Duale Hochschule im Rahmen des Projekts „Mannheim 21“ in das Glücksteinquartier zu verlegen. Hierdurch könnte eine attraktive Achse der Wissenschaft geschaffen werden, die sich vom westlichen Ende der Innenstadt über das neue Gelände hinter dem Hauptbahnhof bis zur Hochschule Mannheim auf dem Lindenhof erstreckt. Dies ist die einmalige Chance, unter

Einbeziehung der Innenstadt und des Hauptbahnhofes eine attraktive Einkaufs- und Wissenschaftsmeile zu schaffen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu den notwendigen Erleichterungen, die für Studenten bereits in der Vergangenheit beschlossen und umgesetzt wurden. Hierzu gehören finanzielle Vorteile bei der Einrichtung des Erstwohnsitzes in Mannheim, der Abbau bürokratischer Hindernisse für ausländische Studenten und vor allen Dingen das Semesterticket, das die Attraktivität des Studienortes Mannheim deutlich erhöht.

Ein wichtiger Aspekt im internationalen Wettbewerb ist auch die Frage, ob sich Studenten in der Stadt ihres Studienortes wohlfühlen. Dies mag in der Vergangenheit ein Gesichtspunkt von untergeordneter Bedeutung gewesen sein, er ist aber heutzutage nicht zu unterschätzen. Es ist daher unverzichtbar, dass die Stadt Mannheim bei einer erfreulich steigenden Studentenzahl ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt. Mannheim hat als Stadt die Chance, vom internationalen Ruf seiner Hochschullandschaft zu profitieren. Als Vertreter der Stadt haben wir die Aufgabe und die Verpflichtung, durch Wachsamkeit, Kooperationsbereitschaft und Innovationskraft ein zukunftsträchtiges Umfeld zu schaffen, damit Forschung und Lehre in Mannheim blühen und gedeihen können.

6 Erfolge in der Sozialpolitik

Einhergehend mit der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 hat sich die grundlegende sozialpolitische Erkenntnis bewahrheitet, dass eine gute Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik die beste Sozialpolitik darstellt. Am sichtbarsten belegt die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in unserer Stadt diese Erkenntnis. So sank die Arbeitslosenquote im Monat Oktober 2011 im Agenturbezirk Mannheim auf 5%, was die niedrigste Arbeitslosigkeit seit dem Jahre 1986 bedeutet. Alle Arbeit suchenden Personengruppen haben von dieser positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt in unserer Stadt profitiert.

Diese positive Entwicklung ist auch Ausdruck der Arbeitsmarktinstrumente, die ein erfolgreiches Zusammenwirken zur Besetzung der Arbeitsplatzangebote in der Industrie, beim Handel, im Gewerbe und bei der Dienstleistungsbranche einerseits mit den Arbeitsplatz suchenden Menschen andererseits gewährleisten. Insofern

konnte mit der Überführung der bisherigen Arbeitsgemeinschaft in eine Gemeinsame Einrichtung die erfolgreiche Arbeit seit der Bündelung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe (SGB II) ab dem 1.1.2005 fortgesetzt werden.

Als signifikante Beispiele sind für unsere Stadt zu nennen:

- Die Jugendarbeitslosigkeit liegt seit mehreren Jahren unter 1 %.
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosigkeit hat mit 2.778 Personen einen neuen Tiefstand erreicht, der im Vergleich zum Jahre 2010 ein Minus von 13 % bedeutet.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion fördert und unterstützt alle Aktivitäten die das Ziel haben, arbeitslose Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote zu vermitteln. Weil Arbeit immer auch heißt: Teilhabe der Menschen an der Stadtgesellschaft. Ungeachtet dieser positiven Entwicklung bei der Beschäftigung von Menschen in unserer Stadt und der konsequenten Weiterverfolgung des Ziels der Vollbeschäftigung sind auch die weiteren sozialpolitischen Herausforderungen anzugehen:

- bei den Hilfen für alte und pflegebedürftige Menschen
- bei der Versorgung kranker Menschen
- bei der Eingliederung behinderter Menschen
- bei der Förderung und Unterstützung junger Menschen

Bund entlastet Kommunen bei der Grundsicherung

Als ausgesprochen positives Signal zur Entlastung der Kommunen bei den sozialen Aufgaben stellt die im Rahmen der Neugestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente getroffene schrittweise Übernahme der Grundsicherung und der Hilfen bei der Erwerbsminderung durch den Bund bis zum Jahre 2014 dar.

In unserer Stadt schlägt sich diese Neuausrichtung bei den Bundeszuschüssen von 6,5 Mio. Euro im Jahre 2012 bis zu ca. 20 Mio. Euro im Jahre 2014 folgende nieder.

Bildungs- und Teilhabepaket

Auch das neue Bildungs- und Teilhabepaket ist wichtiger finanzieller Entlastungsbaustein im Rahmen der SGB II-Kostengewährung in unserer Stadt. Auch wenn das Handling (Antragsverfahren durch die Eltern) zur Gewährung dieser neuen Sach-

leistung für Hartz-IV-Kinder und -Jugendliche als bürokratisch schwerfällig betrachtet werden kann, ist es dennoch eine wirksame Hilfe, jungen Menschen ihre Teilhabe an der Bildung zu gestalten und damit die Förderung ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Wachsender Hilfebedarf für Pflegebedürftige

Aufbauend auf dem sozialpolitischen Grundsatz „ambulant vor stationär“, ist immer wieder die Frage aufgeworfen, wie gestalten wir die Hilfen für pflegebedürftige Menschen in unserer Stadt ziel- und anforderungsgerecht. Zu diesem Zweck wurden zwei Pflegestützpunkte geschaffen, welche trägerunabhängig ältere Menschen über ambulante und stationäre Lösungen für ihr weiteres Leben beraten bzw. unterstützen sollen. Angesichts der stetig älter werdenden Gesellschaft kommen den Hilfeleistungen zur Gestaltung des Lebens im Alter, insbesondere den Hilfen bei notwendigem Pflegebedarf, zentrale Bedeutung zu, um auch damit die gesellschaftliche Teilhabe betroffener Bürgerinnen und Bürger so lange als möglich zu sichern. Auch dieser Bereich ist gekennzeichnet durch einen starken Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal, was bei weiterer Zunahme der Pflegebedürftigen zu einem Engpass führen wird. Deshalb ist es wichtig, durch gezielte Werbemaßnahmen insbesondere für die Ausbildungsberufe zusätzliche Ressourcen zu gewinnen.

Hilfen für psychisch Kranke

Es gehört mittlerweile zur Wirklichkeit in unserer Stadt und in unserem Lande, dass einhergehend mit stetigen Veränderungen in unserer Gesellschaft, ständig steigendem Wohlstand, hohem Bildungsstandard, hoher Mobilität, die psychischen Erkrankungen, auch bei jungen Menschen, immer mehr wachsen. Die wohnortnahe Versorgung von psychisch Kranken muss angesichts des wachsenden Bedarfs weiter optimiert werden. Diese Sachverhaltsbetrachtung beinhaltet auch die Frage, wie kann das ZI, als bedeutendes, wissenschaftliches Zentrum für psychische und psychiatrische Krankheiten in unserer Stadt ausgebaut und gestärkt werden.

Wohnortnahe Versorgung behinderter Menschen

Seit dem 1.1.2005 trägt - nach der Auflösung des LWB – die Stadt die alleinige Verantwortung für die behinderten Menschen in unserer Stadt. Umfassende Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates zur Bewältigung dieser Herausforderung

sind seit diesem Zeitpunkt gefasst worden. Sichtbarer Ausdruck dieser Eingliederungshilfen sind einerseits die Mittelbedarfe gemäß SGB VIII (§ 35a) beim FB 51 – Kinder, Jugend und Familie und andererseits gemäß SGB XII (§53 ff.) beim FB 50 – Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren.

Zu diesen Grundsatzbeschlüssen gehört auch die Errichtung eines speziellen Fachdienstes Eingliederungshilfe und Pflege beim FB 50, der die speziellen Bedarfe hinsichtlich der ambulanten und stationären Pflege als Aufgabe zu steuern und zu bewältigen hat. In diesen Kontext gehört auch die Aufgabe, bisher auswärts stationär versorgte Mannheimer Behinderte in unsere Stadt – so weit möglich - zurück zu holen um ihnen hier eine neue Lebensperspektive zu eröffnen. Angesichts der stetig wachsenden Zahl behinderter Menschen gilt es jetzt, die verschiedenen Module des verabschiedeten Teilhabeplans umzusetzen. Dazu bedarf es nach Auffassung der CDU-Gemeinderatsfraktion dringend eines Umsetzungsplanes, der mit den Trägern der Behindertenhilfe umgehend zu vereinbaren ist, um zeit- und anforderungsgerecht entsprechende stationäre und ambulante Angebote für die verschiedenen Lebensabschnitte sowie entsprechend der Art und dem Grad der Behinderung bereitstellen zu können. Darüber hinaus sind mehr denn je ambulante Hilfen, Familien entlastende Dienste - auch als stationär begleitende Hilfen – in den Fokus und die Bedarfsbetrachtungen zu rücken.

Lage für die Kommunen bleibt angespannt

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass trotz positiver Arbeitsmarktzahlen, trotz der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung sich die sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen in den Kommunen in unserer Stadt zu einem großen „finanziellen Lastenpaket“ entwickelt haben.

Angesichts dieser Lage ist es geboten, Konzepte für einen Bund-Länder-Finanzausgleich zu erarbeiten, der die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln für die Erledigung neuer Aufgaben im Sozialbereich ausstatten würde. Darüber hinaus müssen die vielschichtigen Leistungsgewährungen zielgenauer, rationeller und effektiver gestaltet werden sowie die sog. „freiwilligen Leistungen“ ohne gravierende dauerhafte Folgewirkungen den finanzpolitischen Realitäten angepasst werden. Bei diesem schmerzlichen Kostenreduktionsprozess muss vor allem auf die Ausgewogenheit und das partnerschaftliche und solidarische

Miteinander in der Stadt geachtet werden. Die Herausforderungen bei der Gestaltung der Sozialpolitik in unserer Stadt sind ausgehend von der Grundposition der Christlich Demokratischen Union in Übereinstimmung mit der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik, in denen der Mensch im Zentrum politischen Handelns steht, anzugehen. Dabei beurteilt die CDU-Gemeinderatsfraktion die notwendigen Entscheidungen stets mit dem in der Sozialgesetzgebung verankerten Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und dem in der Sozialphilosophie gründenden Subsidiaritätsprinzip. In diesem Sinne sind die Perspektiven für Mannheim als eine Stadt mit Lebensqualität für alle ihre Bewohner zu entwickeln und zu gestalten.

7 Integration – Eine Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft

Wir sind erschüttert über die entsetzlichen Verbrechen, die durch neonazistische Terroristen über Jahre hinweg in Deutschland durchgeführt wurden. Dies ist eine Schande. Hier ist alles zu tun, um die konkreten Straftaten, Hintermänner und Hintergründe zu ermitteln.

Mannheim steht seit seinem Bestehen für Offenheit und Toleranz. Alle demokratischen Kräfte in dieser Stadt müssen dies klar äußern. Wir schützen unsere Mitbürger unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Im November 2009 hat der Mannheimer Gemeinderat die Ziele und Grundsätze der Mannheimer Integrationspolitik beschlossen. Damit sind wir viel weiter als andere Kommunen. Integration ist nur durch Fördern und Fordern erfolgreich. Das Erlernen der deutschen Sprache ist unverzichtbare Voraussetzung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine selbstbestimmte Zukunft in dieser Gesellschaft. Es ist Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt die Grundsätze zur Integration mit Leben zu füllen.

Es hat sich als richtigen Schritt erwiesen, die 20 Mitglieder des Migrationsbeirates nach einem umfangreichen Auswahlverfahren zu berufen und nicht wie bisher in Urwahl, an der sich nur wenige Wahlberechtigte beteiligten, zu wählen. Im Ende 2010 neu gebildeten Migrationsbeirat sind acht Frauen und zwölf Männer mit zwölf Nationalitäten vertreten.

Die Einbürgerung von jährlich ca. 600 Menschen zeigt die immense Integrationsleistung in unserer Stadt.

Wir dürfen aber vor den Problemen, die in einigen Stadtbezirken auftreten nicht die Augen verschließen. Es gibt in Teilen der Stadt starke Tendenzen zu ethnischen Parallelgesellschaften. Aus diesem Grund lehnen wir weiterhin die Errichtung eines muslimischen Kindergartens in der Trägerschaft der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) ab. Wir halten dies für integrationshinderlich.

Mit besonderer Sorge sehen wir den Zuzug von Menschen aus Südosteuropa. Lebten 2006 noch lediglich 1595 Rumänen und Bulgaren in Mannheim, waren vier Jahre später bereits 4421. In Neckarstadt-West und Jungbusch hat sich die Zahl verzehnfacht. Hier wird von Schlepperbanden ein Geschäft mit dem Elend der Menschen gemacht. Es gibt in den genannten Wohnquartieren Immobilien, in denen bis zu 400 Personen leben oder zumindest offiziell gemeldet sind. In den betroffenen Stadtteilen hagelt es massiv Beschwerden. Neben der Zunahme von Ordnungswidrigkeiten treten vermehrt Straftaten wie Menschenhandel, Zwangsprostitution, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit auf.

Gerade im Jungbusch und in Neckarstadt-West wurde viel investiert um ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten. Der aktuelle Zuzug überfordert die Integrationsfähigkeit aber bei weitem.

8 Kulturpolitik

Das kulturelle Image Mannheims und seine kulturellen Aktivitäten sind wesentliche Standortfaktoren. Es wird auch zukünftig vor allem von den drei „Leuchttürmen“ Nationaltheater, Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museen geprägt.

Leuchttürme weiter stärken

Unser Nationaltheater hat seine künstlerische Leistungsfähigkeit in den vergangenen zwei Spielzeiten erneut unter Beweis gestellt; die Zuschauerzahlen sind deutlich gestiegen. Wir hoffen, dass der neue kaufmännische Leiter auch die finanzielle Transparenz sicherstellt. Leider müssen die Künstler und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer noch mit erheblichen Baumängeln leben. Um den großen, allseits bekannten Sanierungsstau des Gebäudes abzubauen, bedarf es zusätzlicher Mittel. Der neu in den Haushalt aufgenommene Sanierungszuschuss in Höhe von 2 Mio. Euro pro Jahr ab 2013 bis 2015 ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Billing-Bau der Kunsthalle wird derzeit für fast 20 Mio. Euro innen und außen saniert. Dies ist jedoch lediglich der Beginn einer neuen Konzeption unserer Kunsthalle. Vor zwei Jahren hatte die CDU einen Neubau anstelle des sogenannten Mitzlaff-Baus gefordert. Mit der großartigen 50-Millionen-Spende der Eheleute Hector und weiterer Mäzene werden wir dies nun realisieren. Damit haben wir die Chance, unseren herrlichen Friedrichsplatz und seine Umgebung zu einem ganz neuen Ensemble zu gestalten – mit internationaler Ausstrahlung.

Die Sammlung der Kunsthalle ist wertvolles Tafelsilber der Stadt Mannheim. In den vergangenen Jahrzehnten ist sie leider sträflich vernachlässigt worden. Im jetzigen Zustand sind die meisten Gemälde und Skulpturen kaum mehr zu präsentieren. Spätestens zur Wiedereröffnung des sanierten Billingbaus müssen die wichtigen Exponate gereinigt und eventuell restauriert werden. Mit eigenen Ressourcen kann dies die Kunsthalle nicht leisten; auch die „Bildpaten“ schaffen dies nicht. Wenn der Kunsthalle schon kein Etat für die Ergänzung der Sammlung bewilligt wird, so müssen ihr wenigstens zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, damit die notwendigen Arbeiten extern vergeben werden können.

Die Reiss-Engelhorn-Museen reüssieren seit Jahren mit großartigen Ausstellungen – auch dank der Curt-Engelhorn-Stiftung. Bemerkenswert ist die herausragende

wissenschaftliche Reputation der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu beklagen ist jedoch der teilweise sanierungsbedürftige bauliche Zustand der Gebäude in D5, B4 und D6. Hierfür müssen wir noch eine Lösung finden.

Um unseren drei „Leuchttürmen“ zukünftig ein Höchstmaß an künstlerischer und unternehmerischer Entfaltungsmöglichkeit zu schaffen, schlagen wir weiterhin vor, die Rechts- und Organisationsform zu reformieren. Sie müssen auf mehr Effizienz und Flexibilität ausgerichtet werden. Mit unserem kürzlich gestellten Antrag zielen wir darauf ab, diese drei Institutionen in gemeinnützige Kapitalgesellschaften oder in Stiftungen zu transformieren. Hierfür gibt es in Deutschland bereits nicht wenige erfolgreiche Beispiele. Wir sehen der Vorlage zu unserem Antrag mit großem Interesse entgegen.

Dagegen sehen wir für ein neues „Zentrum für darstellende Künste“ keinen Bedarf.

Kulturhauptstadt Bewerbung vorbereiten

Seitdem der Oberbürgermeister die Anregung der CDU zur Bewerbung Mannheims als Europäische Kulturhauptstadt vor drei Jahren aufgegriffen hatte, bemüht sich die Verwaltung um die Vorbereitung des Bewerbungsprozesses. In seiner Etatrede hat der Oberbürgermeister erneut die vielfachen Chancen einer erfolgreichen Bewerbung unterstrichen, die wir vom Grundsatz her teilen. Das Gesamtbudget des Kulturhauptstadtbüros beim Oberbürgermeister hat mittlerweile ein jährliches Volumen von 700.000 Euro. Sieht man die Laufzeit des Projektes und die Tatsache, dass in den nächsten Jahren die Kosten eher deutlich steigen als sinken werden, so ist dieser Ausgabenblock nicht ohne Risiko. Im ersten Halbjahr 2012 wird festgelegt, wann Deutschland wieder den Anspruch auf die Ausrichtung eines Kulturhauptstadtjahres hat. Hoffen wir gemeinsam, dass es das Jahr 2020 wird. Es besteht aber auch die Gefahr, dass wir erst einige Jahre später zum Zuge kommen, dann stellt dies für uns die Fortführung des Projektes in seiner derzeitigen Kostenstruktur in Frage.

Für den Fall des Zuschlags für Deutschland im Jahr 2020 und der Aussicht der Ausrichtung dieses herausragenden Ereignisses durch die Stadt Mannheim, was wir uns alle erhoffen, ist es jedoch an der Zeit, dass im nächsten Jahr durch den

Gemeinderat eine Strategie und ein inhaltliches Konzept verabschiedet wird, was das Prädikat „Kulturhauptstadt 2020“ verdient. Das nichtssagende Motto „Kultur-Raum-Stadt“ ist hierfür zu wenig.

Oststadttheater

Das Oststadttheater ist in der Kunsthalle beheimatet. Es bekommt keine Zuschüsse von der Stadt und zahlt an den Eigenbetrieb sogar noch eine Miete für die Nutzung des Kahnweilersaales. Wenn der Neubau der Kunsthalle in die Tat umgesetzt wird, verliert dieses Theater seine Spielstätte. Stadt und Gemeinderat sind gefordert, das Oststadttheater bei der Suche nach einer dauerhaften Spielstätte intensiv zu unterstützen.

Die CDU-Fraktion favorisiert hierbei zwei Optionen:

- Der Bürgersaal in N1 wird nur sehr selten genutzt, mit einer Investition in die Technik und den Zuschauerraum könnte man diesem trostlosen Saal wieder mit Leben füllen.
- Im Technoseum gibt es ebenfalls einen Veranstaltungsraum, der eher selten genutzt wird. Auch hier wären Investitionen in die Technik vonnöten, aber das Oststadttheater könnte in seinem Stadtteil bleiben.

Die CDU-Fraktion wird beantragen, einen Betrag von 200.000 Euro als Investitionszuschuss für das Oststadttheater in den Haushalt einzustellen.

9 Wirtschaft

Für die CDU-Gemeinderatsfraktion war die wirtschaftliche Entwicklung Mannheims stets der Dreh- und Angelpunkt für das Wohlergehen der gesamten Stadt und Stadtgesellschaft. Die wirtschaftliche Prosperität schlägt sich in verbesserten Steuereinnahmen nieder und garantiert, dass wir die wichtigen Ausgaben für Kinderbetreuung, Bildung, Familie und die damit einhergehenden hohen Investitionen auch tatsächlich leisten können. Es war daher richtig, dass wir dort, wo das Konjunkturprogramm uns die Möglichkeiten gegeben hat, zu investieren, unsere Kofinanzierungsmittel aufgebracht haben und damit mit Sanierungsmaßnahmen auch gerade die Mannheimer Wirtschaft und den Mittelstand unterstützt haben.

Neue wirtschaftspolitische Strategie

Die Unternehmen vor Ort stärken, ihnen die Basis bieten, die sie für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln benötigen, den Ansprechpartner zur Verfügung stellen, der ihnen für die Weiterentwicklung des Unternehmens mit Rat und Tat zur Seite steht, dass ist eine der wesentlichen Kernaussagen der nunmehr umgesetzten Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie, die die CDU-Fraktion bereits in den Anträgen 248/2002 und 342/2002 gefordert hatte. Wir sind froh, dass diese Strategie, die im Kern die Pflege der Bestandsunternehmen in Mannheim beinhaltet, in die Umsetzung gegangen ist. Dass wir in Mannheim unsere Kompetenzfelder „Kreativwirtschaft“ und „Medizintechnologie“ bereits in den vergangenen zwei Jahren stärken konnten und gerade in diesem Jahr durch den Kabinettsbeschluss der schwarz-gelben Landesregierung den Zuschlag für eine Keimzelle eines Fraunhofer-Institutes im Bereich der Medizintechnologie erhalten haben, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Unternehmen unterstützen

Nach Ansicht der CDU-Fraktion muss die Stadtverwaltung potentiellen Investoren jegliche Unterstützung zukommen lassen. Dies beginnt bereits in der Planungsphase. Auch der Gestaltungsbeirat der Stadt hat als konstruktiver Partner von investitionsbereiten Unternehmen aufzutreten.

Gleiches erwarten wir auch für die Betriebe in der Industriestraße. Die Zustände, die dort aufgrund der Schank- und Speisewirtschaften herrschen sind unhaltbar. Dabei wird von ortsansässigen Unternehmern besonders die prekäre Parkplatzsituation kritisiert. Aufgrund fehlender Stellplätze werden oftmals Firmenparkplätze sowie Einfahren und Eisenbahnschienen zugestellt und beeinträchtigen somit Betriebsabläufe empfindlich. Darüber hinaus stellen Müll, Lärm und Vandalismus weitere Problemschwerpunkte dar. Die CDU-Gemeinderatsfraktion verlangt, dass den Interessen der ansässigen Firmen oberste Priorität eingeräumt wird. Gewerbe- und Industrieflächen dürfen nicht zu „Freizeitzonen“ erklärt werden. Die Stadtverwaltung sollte ein besonderes Interesse daran haben, die Betriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu schützen.

Einzelhandel in den Vororten stärken

Bewährt hat sich dabei auch, dass man für Kleinunternehmen und für den Einzelhandel in den einzelnen Stadtteilen Ansprechpartner eingesetzt hat, damit unsere Vorortkerne, so wie wir es uns im Zentrenkonzept vorstellten, zu neuer Blüte kommen.

So viel Lob wir für die neue Wirtschaftsförderung aussprechen können, so müssen wir aber leider auch feststellen, dass unsere Grundprämisse, dass die Stadt Partner der Wirtschaft sein soll, Neuansiedlungen fördern und Weiterentwicklungen den Weg ebnen muss, noch nicht in allen Fachbereichen und Ämtern verinnerlicht wird. Die verkehrliche Anbindung und die infrastrukturelle Situation sind entscheidende Standortfaktoren. Daher ist und bleibt die Verkehrspolitik Teil einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik.

10 Verkehr

Im Jahr 2012 blicken wir auf 20 Jahre Verkehrsentwicklungsplanung (1992-1996) und 25 Jahre Generalverkehrsplan 1987 zurück. Im Jahre 2002 erschien anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Verkehrsentwicklungsplans letztmals im Rahmen der „Beiträge zur Mannheimer Stadtentwicklung“ eine umfassende Bestandsaufnahme, Dokumentation und Maßnahmenbetrachtung zur Verkehrssituation in unserer Stadt. Des Weiteren gab es einzelne Verkehrsplanungen für die Stadtteile Innenstadt (1992), Oststadt/Schwetzingenstadt (1998) und Neckarau (2003), das 21-Punkte Programm zur Förderung des Radverkehrs (2010) und den Nahverkehrsplan 2004 - 2008 für S-Bahn und ÖPNV. Aber eine umfassende Betrachtung der Weiterentwicklung der Verkehrssituation hat es in unserer Stadt seit dem Jahre 2002 nicht mehr gegeben. Die Aussage des damaligen Oberbürgermeisters Gerhard Widder im Jahre 2002, dass „der seinerzeit unter Einbindung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan das Oberziel verfolgt, die Lebens- und Umweltqualität in der Stadt bei Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft zu verbessern“ ist nahezu deckungsgleich mit allen verkehrspolitischen Grundsätzen der CDU-Gemeinderatsfraktion. Ein dynamischer Wissenschafts-, Wirtschafts-, Kulturstandort und Wohnort für die Bürgerinnen und Bürger mit ihren stetig wachsenden Mobilitätsanforderungen bedarf einer qualitativ hochwertigen Verkehrsinfrastruktur, die immer wieder umfassend überprüft und neu

gestaltet werden muss. Die Stadt Mannheim ist nunmehr verstärkt gefordert, den aktuellen verkehrspolitischen Entwicklungsprozessen der verschiedenen Verkehrssektoren Rechnung zu tragen.

Dafür sind die Veränderungs- und Wachstumszahlen bis zum Jahre 2025 – auch für unsere Stadt und die Region Rhein-Neckar;

- beim Personenverkehr (Fern- und Nahverkehr),
- beim Güterverkehr und Kombiverkehr,
- bei der Entwicklung im Straßennetz,
- beim Schienennetz (Schienenpersonenverkehr und Schienengüterverkehr),
- und bei den Transitverkehren (Personen- und Güterverkehre)

zu eindeutig, um vernachlässigt werden zu können.

Folgende Wachstumszahlen werden den heutigen Status des Modal Splits in den Jahren bis 2025 erheblich verändern:

- | | |
|-----------------------------------------------|--------|
| • beim Personenfernverkehr der Eisenbahn | + 42 % |
| • beim Urlaubsverkehr | + 45 % |
| • beim Transportaufkommen im Güterverkehr | + 35 % |
| • beim Schwerverkehr auf den Bundesstraßen | + 34 % |
| • beim SPNV-Regionalverkehr | + 9 % |
| • beim Güterverkehr (Rangierbahnhof Mannheim) | + 99 % |

Die angekündigte landesweite Zurückhaltung bzw. Untätigkeit der neuen grün-roten Landesregierung beim Ausbau der Infrastrukturen darf für uns kein Anlass sein, diesem Beispiel zu folgen. Allein der Blick auf die geographische Lage unserer Stadt in der Mitte des Oberrheingraben, im Zentrum der europäischen Verkehrsachsen als auch die Funktion Mannheims als Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar erfordern es, die weitere Optimierung der Verkehrsinfrastruktur voran zu treiben. Dies gilt für alle Verkehrsachsen

- zu Wasser
- auf der Schiene

- bei den Autobahnen und Bundesstraßen
- beim innerörtlichen, kommunalen Straßengeflecht
- und in der Luft.

In diesem Politikfeld darf es nach Auffassung der CDU-Gemeinderatsfraktion keinen Stillstand geben, soll der Wettbewerb mit anderen Metropolen Deutschlands und Europas sowie der Wettbewerb innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar nicht nachhaltig geschädigt werden.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht nachstehende Schwerpunkte beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

10.1 Stärkung des Bahnknotens Mannheim

Die ICE-Neubaustrasse einschließlich ihrer Chancen zur Optimierung der Güterverkehrspotentiale, das von der CDU-Gemeinderatsfraktion, der CDU-Fraktion in der Metropolregion Rhein-Neckar gemeinsam mit anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen tatkräftig vorangetrieben wird, bedarf der baldigen Realisierung damit der Lückenschluss im Hochgeschwindigkeitsnetz zwischen Frankfurt und Mannheim mit Vollanbindung des Hauptbahnhofes Mannheim erfolgen kann sowie die Synergieeffekte für den Gütertransport über den Rangierbahnhof Mannheim eintreten können.

Damit dieser zentrale Fernverkehrsumsteigeplatz Mannheim für die Region, das Land Baden-Württemberg und die angrenzenden Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland voll zur Geltung gebracht werden kann ist der rasche Ausbau des Hauptbahnhofes Mannheim durch die DB AG ebenso zwingend geboten wie der weitere Ausbau des Rangierbahnhofes Mannheim. Nur so können der Hauptbahnhof Mannheim einerseits, mit seiner wichtigen Verteilerfunktion in alle Himmelsrichtungen beim Personenfernverkehr und der Rangierbahnhof Mannheim andererseits mit seiner bedeutenden Umschlagsfunktion im Süddeutschen Raum ihre erforderlichen Leistungspotentiale voll entfalten. In diesem Zusammenhang sei an die seit Sommer 2007 in Betrieb befindliche Anbindung der DB AG-Hochgeschwindigkeitstrasse durch den Pfälzer Wald über Saarbrücken an das Hochgeschwindigkeitsnetz des TGV nach Paris erinnert, mit dem der Hauptbahnhof Mannheim zu einem zentralen Umsteigeplatz im deutschen und europäischen Fernverkehrsnetz für den TGV

bereits geworden ist. Mit dem Blick auf den weiteren Ausbau des Güterverkehrskorridors Rotterdam – Genua ist auch der Rangierbahnhof Mannheim als bedeutender Teil der Europäischen Güterverkehrstrassen mit seiner hohen Bedeutung als Güterumschlagsplatz zukunftsgerecht zu gestalten.

Stuttgart 21 muss realisiert werden

In diesem Kontext ist auch das Projekt Stuttgart 21 zu sehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Stuttgart 21 und die Hochgeschwindigkeitstrasse Wendlingen-Ulm umgehend realisiert werden. Nur dann wird von der Bahn AG auch der Neubaustreckenabschnitt Frankfurt – Mannheim Realität. Ohne den Ausbau wird die Bahn AG die Strecke Frankfurt-Würzburg-Nürnberg-München als Hochgeschwindigkeitstrasse vorziehen.

Eingleisige Riedbahnbrücke, Nadelöhr für den Betrieb der DB AG

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Mannheim und dem Bau der Nord-Süd-Trassen der S-Bahn Rhein-Neckar ist der rasche Neubau des stillgelegten zweiten Gleises auf der Östlichen Riedbahntrasse und der Riedbahnbrücke über den Neckar und den Neckarkanal zu realisieren. Nicht nur weil dieser Neubau für die Errichtung eines neuen S-Bahn-Haltepunktes an der Theodor-Heuss-Anlage geboten ist, sondern weil diese Strecke zunehmend für den Personenfernverkehr in den Hauptbahnhof Mannheim (TGV-Trasse) und überwiegend für den Güterfernverkehr zum Rangierbahnhof genutzt wird. Für die CDU-Gemeinderatsfraktion ist es wichtig, dass mit dem Ausbau auch der Schutz der Bürgerschaft durch die Errichtung von innovativen Lärmschutzmaßnahmen entlang der gesamten Strecke einhergehen.

10.2 Hafen- / Wasserstraßenausbau

Der Mannheimer Hafen nimmt im wirtschaftlichen Geflecht unserer Stadt eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere als Logistikstandort gehört er nach Auffassung des Fraunhofer-Instituts zu den beiden bedeutendsten Standorten in ganz Süddeutschland. Deshalb unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion den Schleusenausbau auf dem Neckar des Wasserwirtschaftsamtes und der Wasserschifffahrtsdirektion. Denn es entspricht der Intention der CDU-Gemeinderatsfraktion mit allen Kräften dazu beizutragen, dass zum Transport von

Gütern und Waren, so viel als möglich die ökologisch und ökonomisch sinnvollste Gütertransportform, das Schiff genutzt wird.

In diesem Kontext ist auch der intensive Ausbau des Rotterdamer Hafens mit seinen zusätzlichen Frachtpotentialen auf dem Rhein und seinen schiffbaren Nebenflüssen zu sehen. Es stellt sich die Frage, ob der heutige Hafenumschlagsplatz Mannheim und seine Kapazität ausreicht, um dieses voraussichtlich neue Binnenschiffahrtspotential bewältigen zu können oder ob weitere Umschlagskapazitäten entlang des Rheins (z.B. auf der Friesenheimer Insel) für den Weitertransport auf dem Neckar geschaffen werden müssen. In diesem Sinne regt die CDU-Gemeinderatsfraktion an, diesbezüglich Gespräche mit den zuständigen Trägern der Wasserwirtschaft (Hafengesellschaft und Wasserwirtschaftsdirektion) zu führen.

10.3 S-Bahn Rhein-Neckar stärkt das Oberzentrum Mannheim

Mit großem Engagement unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion den ZVRN und den VRN beim Ausbau der S-Bahn im gesamten Rhein-Neckar-Raum.

Seit ihrer Inbetriebnahme am 14.1.2003 hat sich die S-Bahn Rhein-Neckar über drei Bundesländer hinweg als modernes, attraktives, schienengebundenes Verkehrsband entwickelt, das ganz entscheidend zur Stärkung der zentralen Funktion unserer Stadt beigetragen hat. Bis zum Jahre 2015 gilt es nun die zweite Ausbaustufe mit ihren Nord-Süd-Trassen zu realisieren. Nur so wird dieses Angebot seine Aufgabe zum Nutzen der Bevölkerung des siebtgrößten Ballungsraumes der Bundesrepublik Deutschland voll entfalten können.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist sehr erfreut darüber, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, eine gemeinsame Finanzierung der Planungskosten für den Trassenabschnitt Mannheim-Heidelberg herbeizuführen. Aus Sicht der Stadt Mannheim ist dies ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Förderung des Umstiegs vom Individualverkehr zum hochattraktiven Nahverkehrsangebot auf der Schiene. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die erforderlichen Ausbaumaßnahmen der S-Bahn-Haltepunkte in unserer Stadt. In diesem Kontext ist die Ertüchtigung mehrerer Bahnstationen, wie dem Kompaktbahnhof Neckarau vorgesehen sowie ein neuer Haltepunkt an der Östlichen Riedbahntrasse in Neuostheim.

Vor allem die Fertigstellung der Station Arena-Maimarkt und die damit geschaffene unmittelbare Erreichbarkeit des Maimarktgeländes sowie der SAP-Arena stellt einen wichtigen Baustein dar.

10.4 ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt

In der Vergangenheit haben drei große Projekte entscheidend zur Attraktivität des ÖPNV in unserer Stadt beigetragen. Hierfür stehen die sogenannte B-Linie vom Hauptbahnhof nach Neckarau-West, die Anbindung Neuhermsheims und der SAP-Arena sowie die sogenannte Schafweidenspange in der Neckarstadt-Ost. Das hat ganz erheblich zur Begrenzung des Zuwachses beim Individualverkehr beigetragen. Mit Blick auf die Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen bis zum Jahre 2015 gilt dies nun fortzuführen.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat sich in den vergangenen Jahren tatkräftig für die Stadtbahnlinie Nord eingesetzt. Es ist zu hoffen, dass der Planfeststellungsbeschluss für das 70-Millionen-Euro-Projekt seitens des Regierungspräsidiums in Bälde erfolgt.

Angesichts der Baufortschritte beim Projekt Glückstein-Quartier soll nach Auffassung der CDU-Gemeinderatsfraktion die Verwaltung die Voraussetzungen für das konzipierte ÖPNV-Projekt zwischen der Lindenhof-Überführung und dem Neckarauer Übergang schaffen indem sie die Feuerwache verlegt. Die Stadt soll die weiteren planerischen Überlegungen konsequent angehen, weil diese ÖPNV-Spange für die Entwicklung der Stadtteile südlich der Bahngleise und deren Erreichbarkeit mit der Stadtbahn von entscheidender Bedeutung sind.

10.5 Optimierung der innerstädtischen Verkehrsinfrastruktur

Als großes Versäumnis der vergangenen Jahre sehen wir die mangelnde Mittelbereitstellung der Verwaltung für den Ausbau der innerstädtischen Straßenverkehrsinfrastruktur. Die CDU-Gemeinderatsfraktion bleibt bei ihrer Überzeugung, dass das durch die geschichtliche Entwicklung geschaffene Bundesstraßensystem zur Innenstadt (B 36, B 37, B 38 und B 44) langfristig mit Tangententrassen miteinander verknüpft werden muss, welche vor allem die verschiedenen Innenstadtring-Abschnitte vom überregionalen Schwerlastverkehr entlasten.

Die Prioritätsfestlegung der Stadtspitze im Etatentwurf auf die Verlegung der Südtangente / B 36 hat die Unterstützung der CDU-Gemeinderatsfraktion. Hier sei rückblickend erwähnt, dass die Südtangenten-Verlegung einer Initiative der CDU-Gemeinderatsfraktion bereits Anfang der 90er Jahre war. Die Verlegung der Südtangente / B 36 wird kaum eine erhebliche Verbesserung beim innerstädtischen Verkehrsablauf nach sich ziehen. Diese gegenwärtig wichtigste Verkehrsausbaumaßnahme wird im Sinne der städtebaulichen Rahmenplanung vielfältige Chancen für den Wissenschafts-, Wirtschafts-, Dienstleistungs- und Kulturstandort Mannheim eröffnen. Insofern besitzt dieses Straßenprojekt mit seinem Mittelbedarf in Höhe von ca. 30 Mio. Euro (Bundes-/Landeszuschuss ca. 17 Mio. Euro) zentrale Bedeutung für die Stadtentwicklung.

Für die Westtangente (B 44) wurden im Rahmen der Etatberatungen 2008 deutliche Ausbauakzente (Volumen für den 1. Abschnitt in Mannheim-Sandhofen ca. 29 Mio. Euro) im Interesse unserer Wirtschaft und zur Entlastung der innerstädtischen Wohngebiete ab dem Jahr 2011 gesetzt, welche bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 /2009 danach nicht mehr weiter verfolgt wurden. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat diese Projektverlagerung in spätere Haushaltsjahre mitgetragen, obwohl die täglich erfahrbare Verkehrssituation im Mannheimer Norden nunmehr seit über 20 Jahren dringend einer Neugestaltung bei dieser wichtigen Verkehrsachse Richtung Norden notwendig macht. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird dieses Projekt mit aller Entschlossenheit weiterverfolgen, weil es einerseits von ganz entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung auf der Friesenheimer Insel ist und andererseits wichtige Entlastungsfunktion hat.

10.6 Brückensanierung und Neubau

Mannheim, am Zusammenfluss von Rhein und Neckar gelegen, mit seinem zweitgrößten Binnenhafen, ist besonders auf einen guten und funktionsfähigen Zustand seiner zahlreichen Brücken angewiesen. Insbesondere deshalb, weil diese Brücken nicht nur Stadtteil verbindenden bzw. Stadt übergreifenden Charakter haben sondern auch von zentraler Bedeutung für den ÖPNV sind. Angesichts der verbesserten Haushaltslage ist es geboten, jetzt längst fällige Brückensanierungen konsequent anzugehen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion erkennt im Etatentwurf diese Schwerpunktsetzung der Verwaltung und unterstützt diese. Mehrfach hat die CDU-

Gemeinderatsfraktion die Bedeutung der Brücken für unsere Stadt an Rhein und Neckar gewürdigt. In diesem Zusammenhang wurden große Herausforderungen in Mannheim in den vergangenen Jahren gemeistert. Insbesondere für die Neubauten Friedrich-Ebert-Brücke und Neckarauer Übergang sowie die Sanierungen an der Kurpfalzbrücke, der Jungbuschbrücke und am Brückenkopf der Kurt-Schumacher-Brücke mussten enorme Finanzmittel eingesetzt werden um die Funktionsfähigkeit der städtischen Infrastruktur zu erhalten. Mit dem dringenden Brücken-Neubau über die Riedbahn an der L 579, mit Gesamtkosten von ca. 11,3 Mio. Euro ist ein zentrales Brückenprojekt in den Jahren 2010 / 2011 geschultert worden, das in den kommenden Tagen seiner offiziellen Einweihung entgegen sieht.

10.7 Straßeninstandsetzungen

Die CDU-Gemeinderatsfraktion betrachtet ihr Engagement zur Erhaltung der städtischen Verkehrsinfrastruktur als wichtigen Baustein zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens sowie zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Angesichts der verbesserten Haushaltslage ist es geboten, jetzt längst fällige Straßeninstandsetzungsaufgaben konsequent anzugehen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt den im vorgelegten Haushaltsplanentwurf der Verwaltung erkennbaren Schwerpunkt der Brückensanierung. Leider ist eine solche Schwerpunktsetzung für die Straßeninstandhaltung im Haushaltsentwurf nicht erkennbar. Allenfalls wenige kleinere Maßnahmen sowie das Sonderprogramm für Frostschäden in Höhe von 1,8 Mio. Euro für 2012 / 2013 sind im Haushaltsentwurf abgebildet. Falls dieser Ansatz nicht ausreicht, wird die CDU-Fraktion ihn bedarfsgerecht erhöhen. Die Etatansätze für Straßensanierungen bleiben wie immer weit hinter dem Mittelbedarf zurück, der erforderlich wäre, um die Substanzwerte der Verkehrsinfrastruktur zu erhalten. Dieser Sachverhalt ist für die Wirtschaft, die Bürgerschaft und die täglichen Pendlerströme aus dem Umland nur sehr schwer vermittelbar. Wie konkret die Anforderungen sind, zeigen mittlerweile die vielen Tempo-30-Schilder in unserer Stadt, die dann aufgestellt werden, wenn aufgrund des Straßenzustandes die Sicherheit des Verkehrsablaufs gefährdet ist. Noch drastischer erfahrbar ist die Situation, wenn auch nur ein kleiner Abschnitt auf den Brücken grundlegend saniert werden muss, wie das gegenwärtig bei der Auffahrt zur Kurt-Schumacher-Brücke der Fall ist. Täglicher Stau, insbesondere in den Nachmittagsstunden auf allen

westlichen Ringabschnitten (B 44), der Bismarckstraße (B 37 und B 38) und auf der Südtangente (B 36). Wenn in unserer Schwesterstadt Ludwigshafen die Hochstraße von und zur Kurt-Schumacher-Brücke saniert oder abgerissen wird, kommt es vor allem in den Morgen- und Abendstunden zu weiteren Engpässen.

11 Sport

Der Sport hat eine besondere Bedeutung in unserer Gesellschaft. Er ist nicht nur Teil unserer Kultur, sondern auch eine unverzichtbare Bildungseinrichtung.

Sport bedeutet das Erlernen und Entwickeln von motorischen Vollzügen, das Erlangen von Teamgeist, Dialogfähigkeit und Selbsteinschätzung. Auch vermittelt der Sport beispielhaft das Integrieren von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Bewegung durch Sport stellt die größte Möglichkeit der Prävention für Gesundheit des Menschen dar. Dies alles wird von über 290 Mannheimer Vereinen mit über 65.000 Mitgliedern erbracht, die hier, überwiegend auf ehrenamtlicher Basis, Wertvolles für die Gesellschaft leisten. Gerade weil Schulträger und Freizeiteinrichtungen alleine nicht in der Lage sind dies zu leisten, sind wir auf die Unterstützung der zahlreichen Sportvereine in Mannheim angewiesen.

Die Aufgaben und Ziele im Mannheimer Sportbereich sind umfangreich und es ist auf einmal kaum zu schaffen:

- den kompletten Antragsstau im Sportstättenbau abzutragen,
- Zuschüsse für Pflege- und Unterhaltungskosten für Sportstätten zu erhöhen,
- Kooperationen Schule- Vereine ausdehnen,
- die Übungsleiterzuschüsse zu erhöhen,
- und die Sanierungsprogramme für unsere Sportstätten ausweiten.

Aber vor diesem Hintergrund müssen wir das Machbare umsetzen, ganz im Sinne unserer Vereine und Sport begeisterten Bürgerinnen- und Bürger.

Sportentwicklungsplanung weiterführen

Die CDU-Gemeinderatsfraktion begleitet kritisch die bisherigen Ergebnisse der Sportentwicklungsplanung der Universität Wuppertal zum vorhandenen Sportstättenangebot und dem dazugehörigen Sportverhalten. Ein verändertes Sportangebot und individuelle Freizeitgestaltung werden das Sporttreiben zukünftig entscheidend beeinflussen. Veränderte Schulzeiten, demographischer Wandel und Trendsportarten werden zukünftig eine stärkere Rolle spielen. Der CDU-Fraktion ist

es wichtig, gerade im Hinblick auf die freiwerdenden Konversionsflächen, das vorhandene Potential an Sportanlagen- und Sportfreizeitanlagen in die künftige Stadtentwicklung einzubinden.

Finanzielle Lage der Sportvereine

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte die Sportvereine stark beeinträchtigt. Deutliche Rückgänge im Bereich Spenden- und Sponsorengeldern an die Vereine machten dies überdeutlich. Die Sportvereine sind jedoch nur dann in der Lage ihre Aufgaben zu meistern, wenn sie finanziell gut ausgestattet sind. Ihr Beitrag für die Gesellschaft ist ein Vielfaches dessen, was in der Vergangenheit an finanziellen Mitteln bereitgestellt wurde und auch ein Vielfaches davon, was wir im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragen können. Es ist den Vereinen nicht weiter zumutbar auf städtische Fördermittel für getätigte Investitionen mehrere Jahre zu warten und diese in vollem Umfang vorzufinanzieren. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat dazu einen Antrag gestellt, die Zuschüsse zum Bau und zur Sanierung von vereinseigenen Sportstätten um jährlich 600.000,- Euro auf 1 Mio. Euro zu erhöhen.

Damit wären wir wieder in der Lage, den Vereinen zeitnah die benötigten Zuschüsse für ihre Investitionen zu gewähren und sie in ihrer sportlichen Arbeit hilfreich zu entlasten. Die Vereine sind somit nicht mehr gezwungen mit Eigenkapital langfristig in Vorleistung zu gehen und können geplante Investitionen zeitnah umsetzen.

Energiekosten- und Platzanlagezuschüsse

Die Sportvereine benötigen deutlich höhere Zuschüsse zum Unterhalt vereinseigener Anlagen. Auch haben einige Vereine in der Vergangenheit städtische Platzanlagen übernommen und stellen fest, dass mit den zu geringen bereitstehenden Zuschüssen der Sportförderung die Anlagen nicht zu unterhalten sind. Als wesentlicher Kostentreiber für alle Vereine sind die gestiegenen Energiekosten zu nennen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat dies bei der MVV Energie AG vorgetragen und daran mitgewirkt, dass ein Gesprächskreis zum Thema Unterstützung der Mannheimer Sportvereine regelmäßig stattfindet. Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich auch dafür ein, dass weiterhin kompetente Energieberatung für Sportvereine angeboten wird. Die CDU-Fraktion unterstützt daher das neue Förderprogramm der Stadt Mannheim zur Energieeinsparung.

Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen / Albert-Schweitzer-Turnier

Auch sehen wir dringenden Handlungsbedarf bei der Gewährung von Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen. Mit unserem Antrag dazu haben wir bereits deutlich auf die Wichtigkeit von Übernahmen der Ausfallgarantien hingewiesen. Die zumeist jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen sind wichtige Bestandteile der Außendarstellung der Sportstadt Mannheim. Eine Kürzung der Ausfallgarantien ist nicht darstellbar und eine Aufstockung der Finanzposition erforderlich. Das traditionelle Internationale Albert-Schweitzer-Basketball-Turnier wurde bisher unter großer Unterstützung der US-Armee in Mannheim durchgeführt. Der Abzug der Streitkräfte bedeutet auch einen Wegfall der finanziellen Beteiligung sowie der logistischen Unterstützung. Um die Ausrichtung des Internationalen Albert-Schweitzer-Basketball-Turnier weiter zu gewährleisten ist eine Erhöhung der Zuschüsse zwingend erforderlich.

Vereinssport für Alle

Das von der Bundesregierung eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket fördert und unterstützt Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen. Die von der CDU-Gemeinderatsfraktion beantragte Reduzierung der Vereinsbeiträge für Kinder von Hartz-IV-Empfängern muss in Zukunft nicht mehr von der Stadt übernommen werden.

Sportpark Pfiefferswörth - Bundesleistungszentrum Hockey

Der Sportpark Pfiefferswörth wird zu einem modernen Zentrum für Breiten- und Leistungssport ausgebaut werden. Dank eines privaten Mäzens, der den Bau eines weiteren Bundesleistungszentrums mit Sportinternat vorantreibt, ist ein wichtiger Schritt zur Entwicklung des Sportparks Pfiefferswörth erreicht worden. Die benötigten finanziellen Mittel zur Umlegung des Polizeisportgeländes und zur Gestaltung der nötigen Verkehrsinfrastruktur sind im Haushalt einzustellen. Ein Verkehrswegekonzept ist auf Grund von Sicherheitsmängeln an der bisherigen Straßenführung im Pfiefferswörth schnellstmöglich umzusetzen. Die Verkehrswege werden überwiegend von Kindern und Jugendlichen befahren. Auch die unzureichende Parkraumsituation speziell bei Großveranstaltungen (Tennis- und Hockey-Bundesliga, MTG Leichtathletikmeisterschaften) muss gelöst werden.

Bäderkonzept - Sanierung Herschelbad

Die Situation der Frei- und Hallenbäder in Mannheim ist auf Sanierungsbedarf genau zu prüfen. Keinesfalls können aber bestehende Bäder geschlossen werden. Vielmehr müssen die Bäder eine Modernisierung und eine erforderliche Sanierung erfahren. Das Freizeitangebot für die Bürgerinnen und Bürger darf keinesfalls durch mögliche Schließungen eingeschränkt oder gar reduziert werden.

Die gegen die Stimmen der CDU-Fraktion durchgesetzte Abschaltung der Beckenheizung hat nachweislich nicht zu Einsparungen geführt, da zahlreiche Badegäste ausgeblieben sind. Wir sind zufrieden, dass dieser falsche Beschluss nicht weiter verfolgt wird. Die Planungen der Stadtverwaltung, die Trägerschaft von Bädern, wie etwa dem Hallenbad Vogelstang oder der Freibäder in Sandhofen und Rheinau an Vereine zu geben, findet nicht unsere Zustimmung.

Die gesamte Dachfläche und die Außenfassade des historischen Herschelbades konnte dank des Konjunkturprogramms des Bundes bereits saniert werden. Das von der CDU-Fraktion beantragte Gesamtnutzungskonzept muss nun zügig dem Gemeinderat vorgestellt werden. Das Herschelbad stellt mit seiner frisch renovierten Fassade einen Glanzpunkt der denkmalgeschützten Bauwerke dar und muss neben dem Schwimmbetrieb auch weitere Nutzungsangebote erhalten.

Universitätssport am Friedrichspark, Altes Eisstadion

Der derzeitige Zustand des Alten Eisstadions am Friedrichspark ist marode und es gehört eigentlich abgerissen. Es gibt im Stadion keine Heizung mehr, lediglich Strom und Wasser sind für die derzeitige Nutzung vorhanden.

Die Stadtverwaltung hat die Nutzung des Stadions dem Sportverein ISC-Mannheim e.V. für Rollhockey kostenlos überlassen. Da der Unterhalt des alten Eisstadions sehr kostspielig ist und witterungsbedingt 6-8 Wochen kein Sport stattfinden kann, stellt dies für den Inliner Verein keine Zukunftsperspektive dar. Die CDU-Fraktion hat den Antrag gestellt, die Stadtverwaltung möge die weitere Planung in Abstimmung mit der Universität, die für das Gelände Interesse bekundet, durchführen und dem Gemeinderat vorstellen. Es sind die Interessen des Inliner-Vereins zu berücksichtigen und die Örtlichkeit einer zukünftigen Spielstätte aufzuzeigen. Der Verein hat aktuell 280 aktive Mitglieder, überwiegend im Jugendbereich.

Renntage des Badischen Rennvereins

Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Vorhaben des Rennsportvereins zur Durchführung der Renntage und zur Instandhaltung und Pflege der Waldrennbahn. Durch die Streichung des städtischen Zuschusses bei den letzten Etatberatungen in Höhe von 30.000 Euro p.a. mussten Renntage ausfallen und das Sportangebot reduziert werden. Wir werden diesen Zuschuss erneut beantragen. Die überwiegend von Familien besuchten Renntage mit durchschnittlich 11.000 Besuchern stellen im Mannheimer Sportkalender eine feste Größe dar und machen durch Fernsehübertragungen Mannheim als vielseitige Sportstadt bekannt.

12 Personalkosten und Stellenplanentwicklung

Betrachtet man im Haushaltsplan die einzelnen Aufwandsarten einmal näher, so fällt auf, dass die Ausgaben des Gesamtergebnishaushalts exorbitant von den Mehrausgaben beim Personal geprägt sind. Wir haben eine Steigerung vom Jahr 2010 bis zum Jahr 2013 von 233 Mio. Euro auf 263 Mio. Euro zu verzeichnen, was einem Anstieg von 12,9 % entspricht. Seit dem Amtsantritt des OB im Jahre 2007 stiegen die Personalkosten bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 von 207 Mio. Euro auf 263 Mio. Euro p.a., was einem Wachstum von 27,1 % insgesamt und 4,5 % p.a. entspricht.

Davon sind vor allem vier Bereiche der Verwaltung betroffen:

| Fachbereiche | 2008 / 2009 | Diff. | in % | 2010 / 2011 | Diff. | in % | 2012 / 2013 |
|----------------------|-------------|-------|--------|-------------|--------|--------|-------------|
| FB Soziale Sicherung | 389,1 | 51,51 | 13,24% | 440,61 | 18,57 | 4,21% | 459,18 |
| FB Kinder, Jugend | 1.047,49 | 41,18 | 3,93% | 1.088,67 | 114,38 | 10,51% | 1.203,05 |
| FB Bildung | 532,48 | 27,49 | 5,16% | 559,97 | 67,94 | 12,13% | 627,91 |
| FB OB + Dez.+R+Ö | 133,8 | 21,25 | 15,88% | 155,05 | 13,79 | 8,89% | 168,84 |

Angeichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage nach den Gründen für diese außergewöhnliche Personalkostenentwicklung.

Betrachtet man den Stellenplan 2010/2011 mit dem von 2012/2013 so ist festzustellen, dass das Stellenpotential der Stadt um 166,28 Stellen, sprich 3,02 % wachsen wird. Seit den Haushaltsberatungen 2008/2009 ist sogar eine Stellenausweitung um 350 Stellen zu verzeichnen. Betrachtet man die besetzten Stellen, so wird dies noch deutlicher. Laut Stellenplan wachsen allein in den

kommenden beiden Jahren bis 2013 diese um 390,83 Beschäftigte an, seit dem Jahre 2008 sind die besetzten Stellen sogar um 688,02 Personen angewachsen, was einem Zuwachs von 15,09 % entspricht.

Die absolut größte Stellenmehrung bei den Fachbereichen wird beim FB 51 – Kinder, Jugend und Familie stattfinden. 114,38, sprich 10,51 % zusätzliche Stellen in den kommenden beiden Jahren. Was einen Personalkostenanstieg von ca. 5,0 Mio. Euro p.a. bedeutet. Dies liegt vor allem am Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Beim FB 50 Soziale Sicherung weisen die Zahlen bezogen auf die Etatberatungen 2008/2009 einen Zuwachs von 70,08 Stellen, sprich 18,01 % aus.

Absolut betrachtet nimmt die Stellenmehrung bei FB 40 einen vorderen Platz ein. Hinter der Stellenmehrung von 67,94, sprich 12,13% sind die neuen Anforderungen bei den Betreuungsangeboten an den Schulen zu sehen, die allein in den nächsten beiden Jahren mit zusätzlichem Mittelbedarf 3,5 Mio. Euro veranschlagt sind. Nimmt man das Jahr 2008 als Betrachtungsgrundlage ergibt sich sogar ein Plus von 95,43 Stellen, sprich 17,92 % in 4 Jahren.

Die Dezernate und die Stabsstellen des Oberbürgermeister und der Bürgermeister weisen ein Plus von 13,79 Stellen aus. Damit rangiert dieser Bereich absolut betrachtet an 3. Stelle. Prozentual beträgt der Zuwachs 8,89 %. Betrachtet man die Jahre 2008 - 2013 so nimmt dieser Verwaltungsteil mit zusätzlichen 35,04 Stellen mit einem Zuwachs von 26,19 % den Spitzenplatz beim Personalaufbau ein.

Den Personalausbau im Pflichtbereich, besonders bei den Betreuungseinrichtungen muss man akzeptieren, in allen anderen Bereichen ist für die nachfolgenden Jahre Enthaltbarkeit angesagt, da der Haushalt diese Personalmehrung dauerhaft nicht verkraften kann. Wir müssen verhindern, dass wir wieder in eine Situation kommen wie vor 10 Jahren, als sich der Gemeinderat in Etatberatungen vorrangig mit Personalkostenkonsolidierung beschäftigen musste um einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen zu können.

13 Schlussbemerkung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Etatrede habe ich die wichtigsten kommunalen Themen angesprochen, die durch den Mannheimer Haushalt berührt werden. Der Haushaltsplanentwurf 2012/2013 enthält viele Schwerpunkte, die auch die Zustimmung der CDU-Gemeinderatsfraktion finden. Dies gilt vor allem für die hohen Investitionen im Bildungs- und Jugendbereich. Auch der Wille, deutliche Einsparungen vorzunehmen, ist erkennbar, geht uns aber noch nicht weit genug.

Für die Arbeiten an dieser Etatrede bedanke ich mich insbesondere bei unserem Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Fraktionsgeschäftsstelle.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der CDU-Gemeinderatsfraktion für die von der Verwaltung geleisteten Vorarbeiten, insbesondere durch das Kämmereiamt unter Leitung von Herrn Manhardt, zum Ausdruck bringen. Unser allgemeiner Dank gilt aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kompletten Stadtverwaltung, die täglich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger tätig sind.

Ich wünsche dem Gemeinderat und der Verwaltung konstruktive Etatberatungen in entspannter Atmosphäre.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim,

E 5 Rathaus

Postfach 10 30 51

68030 Mannheim

Tel.: 0621-293-2190

Fax: 0621-293-9440

E-Mail cdu@mannheim.de

Internet www.cdu-mannheim.de

Fotos:

Titel: Thomas Henne

Agentur für Werbung und PR



CDU-Gemeinderatsfraktion